

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Wolf Oschlies  
Bulgariens Kurs  
in den achtziger Jahren  
Die „Preußen des Balkans“:  
pragmatisch, selbstbewußt, effizient

Heinz-Jürgen Axt  
Wandel und Kontinuität  
in Griechenland  
Zur wirtschaftlichen und politischen  
Entwicklung seit 1981

ISSN 0479-611 X

B 26/85  
29. Juni 1985

Wolf Oschlies, Dr. phil., geb. 1941, Privatdozent; Studium der Slavistik, Philosophie und Pädagogik in Hamburg; seit 1968 wissenschaftlicher Mitarbeiter am „Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien“ in Köln; seit 1977 Lehrbeauftragter für Vergleichende Erziehungswissenschaft an der Justus-Liebig-Universität in Gießen.

Veröffentlichungen: Bulgarien — Land ohne Antisemitismus, Erlangen 1976; Jugendkriminalität in Osteuropa, Köln 1979; Jugend in Osteuropa, Köln 1980; Lenins Enkeln aufs Maul geschaut — Jugendjargon in Osteuropa, Köln 1981; Polens Jugend — Kinder der „Solidarność“?, Köln 1982; Rumäniens Jugend — Rumäniens Hoffnung, Köln 1983; Jugend in der Tschechoslowakei — Kurzer Frühling, lange Winter, Köln 1985; (mit Vera Bojic) Lehrbuch der mazedonischen Sprache, München 1984

Heinz-Jürgen Axt, Dr. phil., geb. 1946; Privatdozent für Soziologie an der Technischen Universität Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: Die Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft: Priorität für marktwirtschaftliche Freihandelslösungen oder entwicklungspolitische Intentionen?, in: Neue Politische Literatur, H. 4/1981; Politischer Wandel in Südeuropa und die Perspektiven des „mediterranen Sozialismus“, in: ebda., H. 2/1982; On the Way to Self-Reliance? PASOK's Government Policy in Greece, in: Journal of Modern Greek Studies, New Haven/Connecticut, Winter 1984; Die gegenwärtige griechische EG-Politik und ihre innenpolitischen Voraussetzungen (hrsg. v. d. Stiftung Wissenschaft und Politik), Ebenhausen 1985; Self-Reliance and Reality in Contemporary Greece, in: S. A. Musto (Ed.), Endogenous Development: a Myth or a Path (i. E.); Die Soziologie, die Krise und die neuen sozialen Bewegungen, in: R. Jokisch (Hrsg.), Krise der Soziologie — Soziologie der Krise (i. E.); Die PASOK in Griechenland. Aufstieg und Wandel eines verspäteten Sozialismus, Bonn 1985 (i. E.).



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,  
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Karl-Heinz Resch,  
Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 0651/460 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

## Bulgariens Kurs in den achtziger Jahren

### Die „Preußen des Balkans“: pragmatisch, selbstbewußt, effizient

#### I. Bulgarien und seine Balkannachbarn

Das Wort „balkan“ bezeichnet in der türkischen Sprache eine „hohe, bewaldete Gebirgskette“. Darüber hinaus ist „Balkan“ der Name der südosteuropäischen Halbinsel, die gewissermaßen eine europäisch-asiatische Übergangszone darstellt. Der umfassendere Wort-sinn kam erstmals in den russisch-türkischen Kriegen des 18. Jahrhunderts auf und blieb für lange Zeit russischer Alleinbesitz: Als Philipp Felix Kanitz um 1877 sein klassisches Werk „Donau-Bulgarien und der Balkan“ schrieb, da hatte er selbstverständlich das Gebirge im Sinn, das die alten Griechen „Hämus“ nannten und die Bulgaren bis heute „Stara Planina — Alter Berg“ nennen; als die Russen jedoch Kanitz' Buch übersetzten, machten sie aus dem Titel „Donau-Bulgarien und die Balkan-Halbinsel“.

Erst im 19. Jahrhundert setzte sich der Regionsname „Balkan“ auch im westeuropäischen Sprachgebrauch durch — ganz offenkundig im Gefolge der zahlreichen Kriege dort, wobei es für die Berichterstattung angebracht erschien, nach bewährtem Muster eine Halbinsel nach ihrem herausragendsten Gebirgs-zug zu benennen.

Europa mußte sich im 19. Jahrhundert für den Balkan interessieren, weil er zu einem sprichwörtlichen „Pulverfaß“ geworden war. Immer hatten sich in dieser Region Großmachtinteressen gekreuzt — was jedoch jahrhundertlang keine weiterreichenden Fernwirkungen hatte, weil die meisten betroffenen Völker erst daran gingen, von der Stammes- zur Staatsorganisation überzuwechseln. Infolgedessen konnten sich etwa vom 9. bis 13. Jahrhundert Byzanz und Bulgarien in der Rolle des Hegemon auf dem Balkan abwechseln, bis dieser von den Türken komplett erobert und bis zum Beginn der Neuzeit behalten wurde.

Die Türken waren alles in allem liberale Fremdherrn, die mit den Eroberten auch keine größeren Probleme hatten oder sich solche machen wollten. Jahrhundertlang war z. B. die osmanische Bevölkerungsstatistik,

der „nufuz nasareti“, nach einem einfachen Raster gestrickt: Wer zu Allah betet, gehört der „islami millet“ an und muß Wehrdienst leisten — alle anderen sind „rumeli millet“ (griechische, d. h. christliche Nation) und steuerpflichtig, in ihren geistlichen Belangen zudem dem Griechischen Patriarchen von Konstantinopel unterworfen.

Obwohl diese Regelung erstaunlich lange und erstaunlich gut funktionierte, barg sie den Keim künftiger Konflikte in sich: Die Kirche wurde zum „Vehikel“ nationaler Aspirationen — gegen die die Hohe Pforte die Griechen ins Feld schickte. Auf griechisches Betreiben hin wurde im Sommer 1767 das mazedonische „Erzbistum Ohrid“ aufgelöst — gegen griechischen Willen gewährte der Sultan 1870 den Bulgaren ein nationalkirchliches „Exarchat“. Und über die Kirchenfrage mischten sich die Großmächte auf dem Balkan ein — zuerst Rußland, das seinen Drang zum Bosphorus hinter der Forderung tarnte, „Protector“ der Balkan-Christen zu sein, sodann Österreich, das seine Interessen durch den russischen Konkurrenten bedroht sah.

Zwischen 1804 und 1817 erreichte Serbien eine weitgehende Teilautonomie, 1830 Griechenland die völlige Unabhängigkeit vom Osmanischen Imperium — zwei christliche Kleinstaaten, die im Zentrum der gefährlichen Triangel Rußland (das sich nördlich der Donau in den rumänischen Fürstentümern festgesetzt hatte), Österreich-Ungarn (das Kroatien und weitere Teile des Balkans hielt) und der Türkei (die Bulgarien und das ganze Mazedonien noch als ihre Reichsteile hatte) standen. In Belgrad und Athen träumte man von Balkan-Föderationen — unter serbischer bzw. griechischer Führung —, mußte in der Praxis aber kunstvoll zwischen wechselnden Großinteressen und -allianzen lavieren.

Nach dem Russisch-Türkischen Krieg 1877/78 entstand mit Bulgarien ein dritter autonomer Staat auf dem zentralen Balkan. Zugleich aber kulminierte der Großmächteinfluß, so daß am

Ende wahrhaft jeder gegen jeden stand: Österreich schanzte Serbien Gebiete zum Nachteil Bulgariens zu und besetzte Bosnien-Herzegowina und den strategisch wichtigen Sandschak Novi Pasar; Bulgarien wurde wieder geteilt, weil man es als russisches Sprungbrett zum Mittelmeer ansah. Die Türkei behielt Mazedonien, England griff sich Zypern, und als Verantwortlicher für das ganze Durcheinander, das auf dem „Berliner Kongreß“ im Sommer 1878 ausgehandelt worden war, stand der „ehrliche Makler“ Deutschland da. Die Deutschen hatten niemals Balkan-Interessen gehabt, sich aber jetzt das größte Mißtrauen der Russen zugezogen.

Die folgenden Jahrzehnte waren nur deswegen einigermaßen ruhig, weil die Türkei immer schwächer wurde, doch blieb die antitürkische Orientierung der einzige gemeinsame Nenner der Balkanstaaten. Davon abgesehen, waren sie zu wechselnden Zeiten austrophil und antirussisch oder umgekehrt, dazu einander nicht grün — was z. B. zum Bulgarisch-Serbischen Krieg von 1885 führte —, und das bot den Großmächten immer neue Eingriffsmöglichkeiten, die ihrerseits den Gegensatz unter ihnen verstärkte.

Bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs hielt der in Berlin ausgehandelte Status quo, doch wurde Mazedonien zunehmend Objekt bulgarischer, serbischer und griechischer Begehrlichkeiten. 1912 drängte eine bulgarisch-serbisch-griechisch-montenegrinische Allianz im „Ersten Balkankrieg“ die Türken fast ganz aus Europa heraus. Sofort anschließend kam es Mazedoniens wegen zum „Zweiten Balkankrieg“ (auch „Interallierter Krieg“ genannt), in dem sich 1913 die eben noch Verbündeten, zu denen noch Rumänien stieß, untereinander bekriegten. Der große Verlierer war Bulgarien, das in den zwei Weltkriegen unseres Jahrhunderts als Deutschlands Verbündeter versuchte, seine mazedonischen Aspirationen dennoch zu realisieren.

Seit Ende des Zweiten Weltkriegs durchlebt der Balkan seine beste und friedlichste Phase seit Menschengedenken, in der jedoch potentielle Konflikte in Fülle stecken, die alle in den Balkankriegen und im Ersten Weltkrieg entstanden sind: Die Aufteilung Mazedoniens unter Griechenland, Serbien und Bulgarien von 1912 schuf die „mazedonische Frage“. Mit Albanien entstand ebenfalls 1912 ein neuer Staat, der Serbien den Zugang zur Adria verwehrte und dadurch dessen latente Tendenzen zu einer südslawischen Einigung förderte. Von dieser Einigung war Bulgarien von An-

fang an ausgenommen (was auch den Absichten aller Beteiligten entsprach), und das 1918 entstandene „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“, das sich ab 1929 „Jugoslawien“ nannte, empfand von Anfang an keine freundschaftlichen Gefühle für die bulgarischen Nachbarn. Griechenland war zwar der große Gewinner der Balkan-Kriege — im Norden bekam es Ägäisch-Mazedonien, im Süden Kreta und die Ägäischen Inseln —, kam dadurch aber in reale Konflikte mit der Türkei und in potentielle mit Bulgarien und Jugoslawien. Serbien wurde das erste Opfer des Weltkriegs, wick der Anerkennung der Niederlage aber durch die Flucht von Königshaus und Armee auf die Insel Korfu aus — noch heute singt man in Jugoslawien die elegischen Lieder, die damals entstanden, und bis heute lebt das unerschütterlich progriechische Sentiment der Serben.

Bulgarien wurde auf seiten der Mittelmächte in die Niederlage gezogen; die von den Alliierten auf den Absterbeetat gesetzte Türkei entdeckte unter Mustafa Kemal („Atatürk“) den Nationalismus als neue politische Leitlinie anstelle der überlebten Theokratie und behauptete sich 1920/21 erfolgreich im Krieg gegen die Griechen, zumal sie mit der Sowjetunion eines der stabilsten und langfristigen Abkommen der ganzen Balkangeschichte geschlossen hatte. Auf Anregung Nansens wurde der griechisch-türkische Bevölkerungsaustausch ausgehandelt, der auf dem Balkan Menschenströme in Bewegung setzte, die der Türkei willkommen waren, für Griechenland aber eine weitere Schwächung bedeuteten. Albanien wurde italienisches Protektorat; das auf Kosten Ungarns und Rußlands enorm vergrößerte Rumänien lebte in der Dauerfurcht vor dem „Revisionismus“ seiner Nachbarn, dem es mittels der „Kleinen Entente“ zu begegnen suchte. Kurz gesagt: Das Weltkriegsende hatte auf dem Balkan scheinbar das Nationalitätsprinzip triumphieren lassen, tatsächlich aber die Vorkriegskonflikte vermehrt, verstärkt und vertieft.

Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs machten Jugoslawien, Bulgarien und Griechenland in etwa identische Entwicklungen durch. Die inneren Verhältnisse waren gespannt, Staatsstreiche und diktatorische Regierungsformen an der Tagesordnung; in dem von den Serben „unitaristisch“ dominierten Vielvölkerstaat Jugoslawien regte sich die Opposition der Kroaten und Mazedonier, die rasch zu terroristischen Formen griff. Zudem waren alle drei untereinander zerstritten, da

Bulgarien unverändert Ansprüche auf Thrakien, Jugoslawien auf eine Freihandelszone in Saloniki erhoben, und alle später geschlossenen Balkanpakete und -bünde konnten diese Zwiste nicht endgültig ausräumen. Der Balkan war von einem Netz der Bündnisverpflichtungen überspannt, das trügerische Sicherheit vermittelte, tatsächlich aber zur Fessel wurde, die alle in den Zweiten Weltkrieg riß.

Rumänien mußte seine östlichen Landesteile an die Sowjetunion, „Nordsiebenbürgen“ an Ungarn abtreten; ungarische, italienische, bulgarische und deutsche Truppen zerschlugen Jugoslawien, von dem große Landesteile Deutschland, Ungarn, Italien und Bulgarien zugeschlagen wurden, während Kroatien und Bosnien den „Unabhängigen Staat Kroatien“ bildeten und Serbien deutsches Besatzungsgebiet war; Albanien und Griechenland waren deutsch-italienisch besetzt.

Am Tag nach der jugoslawischen Niederlage begann der Kampf der jugoslawischen Partisanen — der monarchistischen unter Drasha Mihajlović und der kommunistischen unter Tito. Bald fielen das Übergewicht und der Erfolg den Tito-Kämpfern zu, obwohl sie bis Kriegsende von Stalins Sowjetunion materiell nicht unterstützt und politisch auf Schritt und Tritt behindert wurden. Zugang zum Balkan fand die Sowjetunion erst, nachdem der rumänische Umsturz vom 23. August 1944 ein großes Loch in die deutsche Front gerissen hatte. Rumänien und Bulgarien fielen dem Machtbereich der Sowjetunion zu (obwohl Bulgarien sich nicht am deutschen Krieg gegen die Sowjetunion beteiligt hatte und bei der Jalta-Konferenz ein gewisser Westeinfluß in beiden Staaten vereinbart worden war), Griechenland wurde westliche Einflußzone, woran auch der griechische Bürgerkrieg nichts änderte, zumal Stalin die griechischen Kommunisten im Stich gelassen hatte. Die Türkei war im Krieg neutral geblieben, und Jugoslawien gestattete keine fremde Einflußnahme, nachdem es sich aus eigener Kraft befreit hatte.

Das blockfreie Jugoslawien, das NATO-Mitglied Griechenland und das Warschauer-Pakt-Mitglied Bulgarien sind zwar geographische Nachbarn, politisch aber von denkbar größter Heterogenität. Ein Mikrokosmos für sich ist schon Jugoslawien mit seinen über zwei Dutzend Völkern und Volksgruppen, wo im Norden, im industrialisierten Slowenien,

der Weltrekord an Vollbeschäftigung, in der südlichen Provinz Kosovo aber der Europarekord der Arbeitslosigkeit gehalten werden. Hinzu kommen seine politischen Probleme, seine Auslandsverschuldung, seine immense Inflation etc., die allesamt den Eindruck einer tiefen Krise hervorrufen.

Demgegenüber nimmt sich Bulgarien fast wie ein Hort der Ruhe aus — Wirtschaft und Landwirtschaft prosperieren im Schiebewind pragmatischer Reformen, Innen- und Kulturpolitik sind von ruhiger Konfliktvermeidung geprägt, außenpolitisch lebt es in „geklärten Verhältnissen“, da das traditionell prorussische Sentiment der Bulgaren die Anerkennung der sowjetischen Führungsrolle erleichtert.

Im Süden schließlich Griechenland, wo Papatheou PASOK radikalsozialistische Thesen verbreitet und eine pragmatisch-sozialdemokratische Politik betreibt, die besonders der Landbevölkerung zugute kommt und zudem unter den Augen einer wachsamsten Opposition vollzogen wird. Außenpolitisch scheint Griechenland bemüht, die westliche Einflußnahme jeder Art auf seine Geschicke zurückzudämmen und auf dem Balkan die Gunst der Stunde zu nutzen: Das Verhältnis zu Bulgarien ist gut, und fehlende Sowjetraketen in Bulgarien erlauben es Athen, Truppen von der Grenze zu Bulgarien abzuziehen und gegenüber dem NATO-Partner Türkei zu postieren.

Der Balkan ist dabei, das größte Übel seiner Geschichte — die Fremdbestimmung durch fremde Mächte — abzustreifen und die eigenen Dinge in die eigene Hand zu nehmen. Das latente balkanische Gemeinschaftsgefühl ist nie ganz tot gewesen, und im Moment regt es sich in Konzepten zur „balkanischen Kooperation“, zur „atomwaffenfreien Zone Balkan“ u. a. Daß auf dem Wege zu konkreten Ergebnissen noch Hindernisse in Fülle überwunden werden müssen, von wechselseitigem Mißtrauen über variierende ideologische Orientierungen bis zu unterschiedlichen außenpolitischen Verpflichtungen, wird von niemandem bestritten, vielmehr wird dieser Tatsache mit Bekundungen des guten Willens und der Bereitschaft zum Dialog ausdrücklich entsprochen. Im übrigen: „Yavash, yavash — langsam, langsam“, sagten die alten Türken, und diesen Ausdruck gibt es immer noch in allen Balkansprachen.

## II. Rot sind nur die Rosen ...

Vielleicht ist Bulgarien Europas unbekanntestes, bestimmt aber sein verkanntestes Land. Bis heute trifft in gewisser Weise zu, was der „Balkan-Kolumbus“ Felix Philipp Kanitz um 1860 notierte: „In Europa denkt man von den Bulgaren, sie seien ein faules, rückständiges, verkommenes Volk. Ich fand jedoch zu meiner größten Verwunderung ein Volk mit dicht besiedelten Städten und Dörfern, und die Stadtbewohner beschäftigen sich mit verschiedenen Spezialhandwerken.“

In ähnlicher Weise umlernen mußte dieser Tage ein Autor der in Paris erscheinenden polnischen Exilzeitschrift „Kultura“; in der Märznummer 1985 berichtete er von seinen Balkan-Impressionen, und nachdem er sich etwas über gewisse „sowjetische“ Äußerlichkeiten Bulgariens mokiert hatte, fuhr er fort: „Die Straße ist gut instand und spiegelglatt ... Auf beiden Seiten der Chaussee sieht man mustergültig bewirtschaftete Staatsgüter — ein Aspekt des Wohlstands dieses Landes, dessen Lebensstandard der zweithöchste nach der Volksrepublik Ungarn ist.“

Noch jeder, der sich mit Bulgarien etwas näher befaßt, hat sich in dieses schöne Land mit seiner gelassenen Atmosphäre und seinen freundlich-selbstbewußten Menschen „verliebt“. Und man muß auf Bulgarien etwas intensiver eingehen, um zu merken oder zu spüren, was in ihm so anders ist. Bildlich gesprochen: Milch ist überall dieselbe — damit aus ihr erfrischendes Joghurt wird, muß der „Bacillus bulgaricus“ (er heißt tatsächlich so!) hinzukommen. „Realer Sozialismus“ ist auch überall in etwa gleich — aber offenkundig gibt es einen politischen „Bacillus bulgaricus“, der ihn mit Charme und Effizienz aufzuladen vermag.

Bulgarien ist kein „reformkommunistisches“ Land, war es nie; auch sein „Joghurt-Kommunismus“ zeichnet sich vor allem durch die Dinge aus, die er im guten wie im schlechten nicht hat: keine polnische „Solidarność“ und keine polnische Wirtschaftskrise, keine tschechoslowakische Föderation und keine tschechoslowakische Kirchen- und Intellektuellenverfolgung, keinen „innerdeutschen“

Handel und keine DDR-„Abgrenzung“, keine rumänische Außenpolitik und keine rumänischen Westschulden. Dafür kann der „Joghurt-Kommunismus“ mit anderen Vorzügen aufwarten: mit einem gelassenen Verhältnis zu ideologischen Doktrinen, die allesamt mehr oder minder nach dem Grundsatz gehandhabt werden, daß „sozialistisch“ ist, was Bulgarien nützt; mit einem intakten Rückgrat gegenüber nationaler Historie, in die er sich bruchlos einzufügen bemüht ist; mit einem pragmatischen Verständnis von Wirtschaft und Gesellschaft, wo vieles ausprobiert und Nichtbewährtes augenblicklich verworfen wird; mit gesunden Eigeninteressen, die gelegentlich mit beachtlicher Ellbogenhärte durchgesetzt werden; mit unterentwickeltem Talent für ideologisch-politische Berührungsängste.

Die Bulgaren von heute sind ein Volk, das sich in sympathischer Weise treu geblieben ist — ganz besonders in seiner sprichwörtlichen „negativen Loyalität“, welche bereits die früheren Zaren kennenlernten und wie sie auch die heutigen Generalsekretäre in Rechnung stellen müssen. Die Keimzelle bulgarischer Gesellschaftsstruktur und Staatsorganisation ist immer noch die über die Jahrhunderte wechselnder Fremdherrschaften bewährte „Großfamilie“, wo einer das Sagen hatte und die anderen ihn aufmerksam beobachteten, ob er es auch gut sagte und zu aller Nutzen agierte. (Weh' ihm, wenn er's nicht tat!) Die jetzigen Bulgaren lassen hinter tausenden Meckereien und Witzeleien leicht erkennen, daß sie im Grunde mit dem Lauf der Dinge ganz zufrieden sind: Unter dem „Joghurt-Kommunismus“ ging es von agrarischer Rückständigkeit zu agroindustrieller Moderne aufwärts, und so ist es mehr als ein Bonmot, wenn der bulgarische Staats- und Parteichef Todor Shiwkoff von „Kommunisten ohne Parteibuch“ spricht und damit die Mehrheit seiner Landsleute meint. Es gibt in Bulgarien einen recht tragfähigen Minimalkonsens zwischen Führern und Geführten, den beide Seiten ausbauen wollen. Wenn es so etwas wie ein „Erfolgsgeheimnis“ Bulgariens gibt, dann ist es darin verborgen.

### III. Patriarchalische Politik

Bulgaren lieben gepfefferte Debatten, die sie stets nach demselben Prinzip bestreiten: kräftig zuschlagen — und gelassen das Echo abwarten. So gibt es auf der bulgarischen Szene eigentlich ständig kreative Krähe, die auch immer einen gewissen „Ertrag“ haben. Anfang 1984 war beispielsweise ganz Bulgarien verärgert über eine Fernsehserie über den altbulgarischen Herrscher Simeon I. (893—927), die irgendein Übereifriger allzu „klassenmäßig“ stilisiert hatte — die Herrschergestalt trat völlig in den Hintergrund, während „kleine Leute“ im hellsten Rampenlicht standen. Derartige entspricht zwar dem „sozialistischen Realismus“, nicht aber dem Geschichtsempfinden der Bulgaren, für die Simeon unverrückbar die Lichtgestalt ihres „zlaten vek“ (goldenen Zeitalters) bleibt, als Bulgarien den halben Balkan beherrschte, ebenbürtiger Konkurrent von Byzanz und Heimat der Schüler der „Slawenapostel“ Kyrill und Method war. Unter Simeon (möglicherweise sogar auf seine Initiative hin) wurde das altslawische Alphabet der „Glagolica“ zur praktischeren „Kyrillica“ vereinfacht, die dann von Bulgarien aus ihren Siegeszug bei den meisten Slawen antrat. Auf Simeon geht auch der bulgarische Anspruch auf den intraslawischen Kulturprimat zurück: Mit der Begründung, „Bulgarien ist neben Hellas und Rom das dritte klassische Land der Slawenheit“, wurde 1977 in Bulgarien der altsprachliche Unterricht wieder eingeführt, und zu den „alten“ Sprachen zählt auch Altkirchenslawisch, das in Bulgarien „Altbulgarisch“ genannt wird. Und einen mächtigen Auftrieb bekam dieses Selbstbewußtsein 1981, als Bulgarien ganzjährig das 1300jährige Bestehen des eigenen Staates feierte. Seele und Kopf der Feiern war Shiwkoffs Tochter Ljudmila, die es nicht interessierte, daß die Sowjets über die Feiern verärgert waren — weil die erste russische Staatsgründung 200 Jahre „jünger“ ist.

Nach dem „Goldenen Zeitalter“ kam, was in Bulgarien martialisch „robstvo“ (Sklaverei) oder „igo“ (Joch) genannt wird: die über 700 Jahre der Fremdherrschaft durch Byzanz und die Türken. In dieser langen Phase entwickelten sich andere Eigenheiten der Bulgaren, die bis heute präsent sind: ihre dankbare Anhänglichkeit an die Bulgarische Orthodoxe Kirche, da nur in deren Klöstern das Flämmchen bulgarischer nationaler und nationalkultureller Identität lebendig erhalten wurde; ihr (groß)familiärer Zusammenhalt, weil es in der

bulgarischen Welt sonst nichts Verlässliches mehr gab; ihre Hochschätzung für Bildung und Wissen, in deren Zeichen sich die nationale „vyzrashdane“ (Wiedergeburt) ab 1770 vollzog; ihr trotziger „inat“ (Störrigkeit) gegen jede Form von Fremdbestimmung und ihr prorussisches Sentiment, da die Befreiung Bulgariens eines der Ergebnisse des Russisch-Türkischen Krieges von 1877/78 war.

Politik in Bulgarien, die an bulgarische Empfindlichkeiten rührt, hat auf Dauer keine Chance: Die ersten politischen Unruhen im stalinistischen Osteuropa traten in Bulgarien auf, wo schon 1950 im nordwestlichen Kula Bauern so vehement gegen die Zwangskollektivierung rebellierten, daß diese spürbar gemildert werden mußte. Und eine sowjetservile Moskowitischer-als-Moskau-Politik wurde ab 1965 zugunsten einer nationalbewußteren Profilierung aufgegeben, als ein nationalkommunistischer Militärputsch gerade noch vereitelt werden konnte.

Im Grunde startete damals erst der bulgarische „Joghurt-Kommunismus“, und seine seitherige Kontinuität ist paradoxerweise nicht zuletzt das Verdienst des Mannes, der ihn anfangs überhaupt nicht förderte: Todor Shiwkoff, Jahrgang 1911, seit 1954 im Amt und somit „dienstältester“ Parteichef Osteuropas. In jungen Jahren wollte er Schauspieler werden, kam dann aber in die Politik und gehörte im Zweiten Weltkrieg zu den bulgarischen Partisanen — nur wirklich gute Freunde dürfen ihn mit seinem alten Tarnnamen „Janko“ anreden. Shiwkoff gehört zu jener Spezies selbstbewußter Menschen, die es darauf anlegen, unterschätzt zu werden — um desto kräftiger Kontra geben zu können. Prominente Blessierte säumen seinen politischen Weg, beispielsweise der „bulgarische Stalin“ Vylko Tschervenkoff, der ihn als vermeintlich schwachen „Ersatzkaiser“ in die Parteiführung holte und sich umgehend selber ausgebootet sah. Oder gar sein Intimfeind Walter Ulbricht, dessen gelegentlich arroganten Angebote Shiwkoff lächelnd mit dem Hinweis abfertigte, so habe bereits einmal ein Deutscher mit den Bulgaren verhandelt — Hitler. („Und nun sagen Sie mir, Genosse Ulbricht, wie ich das meinen schlichten Bulgaren erklären soll.“)

Selbst Shiwkoffs politische Gegner aus der bulgarischen Emigration rühmen seine persönlichen Eigenschaften — seinen mitunter skurrilen Humor, seine persönliche Anspruchslosigkeit, seine Fähigkeit zuzuhören,

seine Kenntnis der eigenen Grenzen und seine „Nase“ für Dinge, die morgen wichtig werden. Das erste Jahrzehnt seiner Herrschaft war nicht besonders gut; die sozioökonomischen Wandlungen des Landes verliefen zu rasch, so daß etwa in der kollektivierten Landwirtschaft mehr Arbeitskräfte frei wurden, als die beginnende Industrialisierung verkraften konnte. Das schuf innenpolitische Unruhe und Belastungen für eine Partei, in der Shiwkoff noch keine „Hausmacht“ hatte. Zeitweilig orientierungslos, lehnte er sich gleich so sehr an Moskau an, daß sein Vorgänger Tschervenkoff von den Menschen fast so etwas wie einen Nostalgie-Bonus eingeräumt bekam.

Aber diese Dinge sind in Bulgarien mittlerweile so steingraue Vergangenheit, daß man ganz offen darüber reden kann — auch und gerade mit Parteifunktionären: Für „baj Toscho“ — nur wirklich verehrte Alte werden in Bulgarien mit „baj“ und Vornamen bezeichnet — gibt es momentan keine personelle Alternative. Er ist in die Rolle eines akzeptierten Landesvaters hineingewachsen, über den man zwar pausenlos meckert, ihn aber auch als „unseren Mann“ achtet: Als vor einigen Jahren die Staats- und Parteispitze die Prachtresidenz „Bojana“ (Farbenfrohe) bauen ließ, hatte diese augenblicklich bei den Sofiotern den Spitznamen „tschitscho Toschova koliba — Onkel Todors Hütte“ weg; als dann die Hauptstädter auch noch zu reden begannen, daß die bulgarischen Zaren früher doch weit bescheidener residiert hätten, ließ Shiwkoff „Bojana“ für Wochenendbesucher öffnen — und jetzt sind alle stolz auf das wirklich schöne Gebäude.

Parteichef Shiwkoff hat mittlerweile vier sowjetische „Kollegen“ überlebt, und im engsten Kreis gibt er sich stolz darauf, daß er noch mit jedem persönliche Konflikte hatte: Chruschtschow hatte ihn scharf kritisiert wegen seiner eigenwilligen Landwirtschaftspolitik und der Wiederannäherung an Griechenland. Mit Breshnew hatte er Auseinandersetzungen über den Tod seiner Tochter Ljudmila (geb. 1942) im Sommer 1981, hinter dem das stets gerüchteverliebte Sofia die Hand des so-

wjetischen KGB vermutete. Andropow ließ er im Herbst 1983 abblitzen, als der ihm — selber bereits auf dem Totenbett — durch höchste Sowjetmilitärs Raketen aufdrängen und seine Lieblingsidee vom „atomwaffenfreien Balkan“ ausreden lassen wollte. Ein fast herzliches Verhältnis scheint nur zu Tschernenko bestanden zu haben, der als Schwiegervater eines Bulgaren, Träger höchster bulgarischer Orden und Dauerurlauber an bulgarischen Schwarzmeerstränden bei den Bulgaren ohnehin als „unser Mann in Moskau“ galt.

Shiwkoff entstammt dem westbulgarischen Stamm der „Schopen“, über den die Ethnographin Elena Ognjanova 1983 eines der schönsten bulgarischen Bücher der letzten Jahre veröffentlicht hat: „Wir sind nicht von heute — Die Lebensphilosophie eines Schopen“. Zäh und gesund, querköpfig und witzig, besitzstolz und gastfreundlich sagen sie von sich, sie habe „der Herrgott mit Liebe geschaffen, Mann für Mann am Vormittag, erst am Nachmittag hat er den Rest der Menschheit gemacht“. Keine Frage, daß Shiwkoff ein echter Schope ist. Seine Wiederwahl auf dem 13. Parteitag im März 1986 steht außer Zweifel, und für die 100-Jahrfeiern der Sofioter Universität 1988 hat er bereits die Schirmherrschaft übernommen.

Nein, Führungsprobleme sind in Bulgarien derzeit nicht gravierend; wenn sie überhaupt auftreten, werden sie unauffällig bereinigt. 1983 wurde der Chefideologe Aleksandyr Lilloff, Politbüromitglied und ZK-Sekretär, entlassen, und Anfang 1984 gab es eine Reorganisation der Ministerien und ZK-Abteilungen, um in alle mehr Effizienz hineinzubringen. Aus dem Politbüro verschwand im Januar 1984 auch Zola Dragojtscheva, „grand old lady“ der bulgarischen Politik, die mit 86 Lebensjahren gewiß pensionsberechtigt ist. Ob ihr Rückzug eine Klimaverbesserung gegenüber Jugoslawien signalisiert, da ihre mehrbändigen Memoiren in Belgrad größte Verärgerung auslösten, ist fraglich, da sie just diese Memoiren — samt allen sperrigen Ausführungen über Mazedonien und die „mazedonische Frage“ — im Ruhestand weiterschreiben will.

#### IV. Gesellschaft im Umbruch

Im Dezember 1948 verlangte Georgi Dimitroff, bulgarischer Ministerpräsident und Führer der Bulgarischen Kommunistischen Par-

tei, vor dem 5. BKP-Kongreß: „In den nächsten Planjahrfünften muß das bulgarische Volk durch Geburtenzuwachs und Abnahme der



Kindersterblichkeit eine Bevölkerungszahl von zehn Millionen erreichen." Nach wie vor gilt Dimitroff als „Bulgariens größter Sohn“, aber an manche seiner Aussagen werden die Bulgaren nicht mehr gern erinnert — beispielsweise an die zitierte Zehn-Millionen-Prognose. Am 2. April 1962 wurde erst der achtmillionste Bulgare geboren, und am 1. Januar 1985 lebten 8 972 000 Menschen in Bulgarien.

Bisher haben die Bulgaren noch nicht den Fehler der Tschechen und Rumänen begangen, in eine demographische Gigantomanie zu verfallen, d. h. die Geburtenraten um jeden Preis — in Rumänien 1965 z. B. durch das Verbot aller antikonzepzionellen Mittel, das immer noch besteht — zu stimulieren, ohne an die sozioökonomischen Folgekosten zu denken. In Bulgarien hat man die Dinge immer gelassener betrachtet — Kinderreichtum wurde hier auch als Zeichen agrarischer Rückständigkeit, kleinere Familien als unvermeidliche Begleiterscheinung einer Entwicklung zu urban-industrieller Modernität angesehen. Hinzu kommt, daß bloßes Appellieren noch immer an bulgarischer Störrigkeit scheiterte: Düsteren demographischen Prognosen, die das Ende der Nation beschworen, wurden in der Vergangenheit stets mitleidslos fehlende Sozialleistungen entgegengehalten, die die Geburtenfreudigkeit dämpfen.

Zu der seit Beginn der achtziger Jahre berechtigten Sorge um den ferneren Bestand der Nation kommen mittlerweile auch Befürchtungen, ob die Arbeitskraftressourcen vorhalten. 1920 bis 1946 betrug der Zuwachs 62 900, der sich zwischen 1946 und 1976 auf 32 300 fast halbierte. Damit können jedoch auch Wirtschaftswachstum, intensive Entwicklung u. a. gefährdet sein.

Verbesserte Geburtenraten erscheinen für Bulgarien als dringliche Notwendigkeit, aber die langfristigen demographischen Trends deuten in die gegenteilige Richtung: Familien mit sechs, acht und mehr Mitgliedern — in den ersten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts die Norm — sind seit 1965 praktisch nicht mehr anzutreffen; die Entwicklung ist längst bei der Zwei-Kinder-Familie angekommen, und für die nähere Zukunft zeichnet sich nur noch ein Kind pro Ehepaar ab. Die bulgarischen Frauen machen aus ihren Wünschen nach „höchstens“ zwei Kindern gar kein Hehl, und die sehr aktive Soziologie in Bulgarien kann mit empirischen Daten in Fülle aufwarten.

Kiril Vasileff, der geistvolle und streitbare bulgarische Sozialwissenschaftler, hat im Januar 1985 in dem theoretischen BKP-Organ „Neue Zeit“ Partei für die Frauen genommen.

Zum einen ist die patriarchalische Großfamilie der bulgarischen Vergangenheit verschwunden, und emanzipierte Frauen wollen weniger Kinder.

Zum zweiten können die Frauen nur eines sein — Mutter oder Arbeitskraft, und die bulgarische Wirtschaft käme augenblicklich in die Krise, würden die Frauen in Massen in Mutterschaftsurlaub gehen. 1970 waren 48,3 Prozent aller Arbeitskräfte in Bulgarien Frauen, 1983 49,2 Prozent. In der Industrie stieg ihr Anteil von 44,7 auf 48,9 Prozent, in der Wissenschaft von 47,4 auf 53 Prozent usw. Daraus folgt, daß die Frau zugleich Konkurrent des Mannes (in Berufsausübung, Leistungsfähigkeit etc.) und sein Partner bei der Auffüllung des Haushaltsbudgets ist. Das eine wie das andere stärkt ihr Selbstbewußtsein, und auf beides müßte sie im Falle einer Geburt wenigstens temporär verzichten.

Drittens schließlich sind gerade bulgarische Frauen immer weniger bereit, den balkanischen „machismo“ der Männer zu ertragen. 1955 entfielen auf 1 000 Ehen 60 Scheidungen, 1976 waren es 165 — bei ansteigender Tendenz, da bereits rund 80 Prozent aller Scheidungsanträge von Frauen gestellt werden. Auch zeigen die Frauen immer weniger Bereitschaft, eine Schwangerschaft auch wirklich auszutragen. Schon 1967 kamen auf 100 Lebendgeburten 79 künstliche Schwangerschaftsunterbrechungen; seit den späten siebziger Jahren ist das Verhältnis gleichbleibend ausgeglichen.

Gerade im Bereich von Partnerschaft und Sexualität trägt die bulgarische Gesellschaft noch zahlreiche Tabus der Vergangenheit mit sich herum, und Sexualwissenschaftler wie etwa Todor Bostandshieff lesen ihr dafür die Leviten. Die von Bostandschieff bereits 1974 beklagten sexualerzieherischen „Versäumnisse“ wurden indirekt noch zehn Jahre später deutlich, als in Bulgarien 1984 der Entwurf für ein neues Familiengesetzbuch — Erschwerung der Scheidungen, Eigentumsregelung in Scheidungsfällen, Hilfen für Kinder aus geschiedenen Ehen, neue Adoptionsregelungen etc. — öffentlich und bemerkenswert frei diskutiert wurde. Jugendliche beteiligten sich praktisch nicht an der Diskussion, obwohl sie als künftige Eheleute doch am ehesten betroffen waren.

1984 brachte Bulgarien noch zwei weitere, in diesem Zusammenhang wichtige Entscheidungen. Zum einen wurde ein Sozialprogramm verabschiedet, das insbesondere jungen Ehen zugute kommen soll. Junge Familien können ab 1. Juli 1985 Kredite bis zu 20 000 Leva bekommen, die nach DDR-Muster „abgekindert“ werden können: Werden binnen vier Jahren zwei Kinder in die Welt gesetzt, werden 20 bis 50 Prozent des Kredits erlassen, beim dritten Kind wird der Rest gestrichen.

Zweitens machte sich die bulgarische Führung sehr pragmatisch Teile des bulgarischen Brauchtums zunutze: Seit dem Frühjahr 1984 wurde eine ganze Reihe altbulgarischer Feiertage „rehabilitiert“ — interessanterweise vor allem solche, die dem Zusammenhalt der Familie und dem besseren Verhältnis der Generationen untereinander dienen, wie z. B. der „Proschka-Verzeihungstag“ vierzig Tage vor Ostern.

Neben den rein demographischen Entwicklungen ist vor allem die Binnenwanderung der Bulgarien geeignet, den Umbruch der bulgarischen Gesellschaft zu illustrieren: Vor

dem Krieg hatte Bulgarien nur wenig Industrie. Erst die danach einsetzende Industrialisierung des Landes entfaltete ihre Sogwirkung auf die Menschen. Zwischen 1966 und 1980 haben 2 085 851 Personen den Wohnsitz gewechselt — sie verließen zumeist die Dörfer und zogen in die Städte. Dabei zeigte sich zweierlei. Einmal waren nur relativ wenige Städte Migrationsgewinner: die Hauptstadt Sofia, das Schwarzmeerzentrum Varna, die zentral- und nordbulgarischen Industriestädte Stara Sagora, Gabrovo, Lovetsch und Ruse; hinzu kamen im Süden noch Plovdiv, Bulgariens „heimliche Hauptstadt“, und Smoljan, das machtvoll aufstrebende Zentrum des Rhodopen-Gebirges. Alle anderen Städte gaben Menschen ab. Zum zweiten waren die bulgarischen Dörfer die großen Verlierer; in ihnen werden künftig noch mehr junge Menschen als Arbeitskräfte und künftige Eltern fehlen. Bereits 1978 hat man berechnet, daß von den 4 354 bulgarischen Dörfern bis 1990 rund 1 000 völlig entvölkert sein und von der Landkarte verschwinden werden, also nicht einmal mehr jene wenigen Alten haben, die heute bereits in zu vielen bulgarischen Dörfern praktisch nur noch unter sich sind.

## V. Landwirtschaft, Wirtschaft, Umweltschutz

Das oben erwähnte Buch von Elena Ognjanova über die „Schopen“ — ein potentieller internationaler Bestseller bulgarischer Provenienz, der aber wie viele vor ihm „übersehen“ werden wird — beginnt mit einem Gespräch, das die Autorin 1952 führte, und in dem sich ein Bauer bei ihr beklagte: „Von meinem Vater habe ich zwei Hektar Land, schöne, fruchtbare Erde — da gedeiht alles. Zweiunddreißig Jahre ist es her, daß ich meine Frau genommen habe — Tag und Nacht haben wir gearbeitet, Werk- und Sonntag. Noch zwei Hektar haben wir uns gekauft, und das war noch schönerer Boden. Und jetzt soll ich das in die LPG geben, damit sich mein Eigentum unter allem anderen verkrümelt, damit morgen niemand mehr sagen kann: der Acker gehört Nikola Polenski. Wie käme dir so eine Sache vor? Wie können überhaupt meine Söhne — drei habe ich, gesund und lebendig sollen sie sein — noch wissen, wofür sich Vater und Mutter das ganze Leben geschunden haben?“

„Die ewige bulgarische Furcht, nur nicht über's Ohr gehauen zu werden“, vermutete die Autorin hinter den bäuerlichen Vorbehalten gegenüber den neuen Kollektivwirtschaften.

Dabei hatten die als organisatorische Form gar nicht einmal einen schlechten Start — sofern man sie als Fortsetzung der altbulgarischen Großfamilienwirtschaft ansah. Das eigentliche Hindernis lag im klassischen Erbrecht der Bulgaren, nach dem Landbesitz unter allen Erbberechtigten aufgeteilt werden mußte, was zu seiner immensen Zerstückelung des Landes und zur Verarmung der Landbevölkerung führte. Insofern hätte eine vernünftige Kollektivierung schon einen Sinn gehabt.

Doch was da ab Herbst 1950 in Bulgarien „massenhaft“ anlief, war das Gegenteil von vernünftig — es war sowjetisch-stalinistisch. Die Landwirtschaft wurde zur inneren Kolonie, die hemmungslos ausgebeutet wurde — über Aufkaufpreise, die unter den Entstehungspreisen lagen, speziell bei Tabak und Baumwolle, Bulgariens Hauptexportgütern.

Bulgaren sind fleißige Leute, die aber auch mit einem gesunden Sinn für den Ertrag ihrer Arbeit begabt sind. Eben dadurch waren Beginn und Fortgang der Kollektivierung der Landwirtschaft ständig von Unruhe unter der Landbevölkerung begleitet, was eine der

Triebkräfte der bulgarischen Entstalinisierung war, die das ZK-Plenum vom April 1956 vornahm. Die Parteiführung beeilte sich, den Bauern entgegenzukommen — Steuererleichterungen, verminderte Ablieferungskontingente, erhöhte Aufkaufpreise, freie Märkte etc. Zugleich schaffte Bulgarien 1956 den industriellen Durchbruch, da die 7. RGW-Taugung ihm grünes Licht zum Ausbau seiner Buntmetallurgie und zum Aufbau einer Akkumulatorenproduktion gab. (Die entsprechenden Kapazitäten wurden partiell aus der Tschechoslowakei ausgelagert, was die dortigen Arbeiter mit Streiks beantworteten.) Inzwischen ist Bulgarien der Welt zweit- bzw. drittgrößter Produzent und Exporteur von Hebefahrzeugen.

„Nehmt euch alles, aber gebt mir die Hälfte ab“, besagt ein bulgarisches Sprichwort, das wohl als Motto über der staatlichen Agrarpolitik der Folgezeit stand. Faktisch war der Staat Alleininhaber der Landwirtschaft, was ihm indessen wenig nützte, wenn aus dieser die Arbeitskräfte wegliefen, und zwar um so mehr, je jünger und qualifizierter sie waren. Ab Mitte der sechziger Jahre und verstärkt ab 1970 wurden daher die Kollektivwirtschaften (und Staatsgüter) zu „Agro-Industriellen Komplexen“ (AIK) vereinigt; diese Maßnahme hatte zum Ziel, der Landbevölkerung ganzjährige Beschäftigungsmöglichkeiten zu verschaffen, die landwirtschaftliche Produktion in großem Stil zu spezialisieren und mit der regionalen Verarbeitungsindustrie zu verbinden und in der gesamten Landwirtschaft industrielle Leitungsmethoden einzuführen. Das klappte relativ gut, vor allem verschaffte es den Bauern spürbar bessere Einkommen, so daß die Landflucht nicht im alten Tempo weiterging.

Der große Tag der bulgarischen Landwirtschaft war der 21. Dezember 1973, als die „persönlichen Wirtschaften“ — um das „Unwort“ „privat“ zu vermeiden — per Gesetz abgesegnet wurden: „Alle Hindernisse administrativer und wirtschaftlicher Art sind zu beseitigen, die die Möglichkeiten einer vollen Nutzung der persönlichen Wirtschaft bremsen, da diese nicht nur eine Erzeugung für den Eigenbedarf der produzierenden Familie hervorbringen soll, sondern auch eine Warenproduktion, die an die Aufkauforganisationen zu verkaufen ist.“ Das war auch wichtig, denn 1977/78 wurde die Territorialgliederung Bulgariens geändert: Über das Land spannt sich seither ein Netz von „Siedlungssystemen“ — Nachbargemeinden werden sozusagen als

Viertel einer fiktiven Stadt behandelt, die Selbstversorger ist —, was erfolgreich den Regionalpatriotismus (ein für Bulgaren nicht unbedeutender Faktor!) stimulierte, nachdem die persönlichen Wirtschaften schon die „materielle Interessiertheit“ der Bauern auf Touren gebracht hatten.

Schon wenige Jahre später konnten sich die Initiatoren der neuen Politik selber gratulieren: Jeder Bauer darf einen halben Hektar Land privat bewirtschaften und soviel Vieh halten, wie er mag, dafür auch noch Weideland und Kredite vom Staat in Anspruch nehmen. Zum ersten Mal sind die Bauern mit der politischen Führung rundum zufrieden — und umgekehrt auch die politische Führung mit den Bauern; denn schon 1976 kam über ein Drittel des gesamten bulgarischen Fleischaufkommens aus den persönlichen Wirtschaften. Wer heute durch die bulgarische Provinz reist, muß den Eindruck gewinnen, daß Schafzucht und Viehhaltung die neuen Nationalhobbies der Bulgaren sind — die sehr wohl wissen, warum sie das tun.

Wer das sowjetische Landwirtschaftschaos vor Augen hat, kann sich dieselben ob der bulgarischen Verhältnisse nur noch verwundert reiben. Die „Preußen des Balkans“ haben ganze Sache gemacht, wie z. B. das Fachblatt „Wirtschaftsleben“ im September 1983 vorrechnete: 1 866 000 Bauern betreiben auch persönliche Wirtschaften, wozu noch 168 000 Rentner und auch noch Arbeiter, Angestellte etc. kommen. Zusammen bewirtschaften sie zwölf Prozent des in Bulgarien verfügbaren Ackerbodens. Auf diesem erzeugen bzw. halten sie (in Prozent des gesamtstaatlichen Aufkommens): 23% der gesamtlandwirtschaftlichen Produktion, 34% der Vieh- und 16% der Pflanzenproduktion; 47% des Geflügels, 38% der Schafe, 29% der Kühe und 26% der Schweine.

Keine Frage: die persönlichen Wirtschaften sind ein großer Erfolg, und deshalb wird ihnen auch wohl nichts geschehen — die Folgen wären fatal. Dennoch wird über sie von diametral entgegengesetzten Positionen aus diskutiert: „Bereichert euch“, sagen die Wirtschaftler und rechnen vor, wo es überall noch „Reserven“ für die persönlichen Wirtschaften gibt, wie sie auf neue Bedürfnisse reagieren müssen, was man von Staats wegen noch alles für sie tun könnte. Auf der anderen Seite stehen konservative Opponenten, zumeist dem Partei- und Sicherheitsapparat entstammend. Sie stoßen sich an jenen „unternehmerischen“ Einzelbauern aus Burgas, Schumen, Tolbuchin

und anderen ostbulgarischen Regionen (wo immer ein gediegener bäuerlicher Wohlstand anzutreffen war), von denen fast jeder 50—100 Schafe, über 100 Schweine, bis zu 20 000 Hühnern usw. hält. Wohl gemerkt: das dürfen sie, denn die Gesetzesbestimmungen von 1973/74 haben keine Obergrenzen markiert. Ärgerlich ist nur, daß diese „Unternehmer“ immer häufiger auf ihren LPG-Job pfeifen, um sich nur noch ihren eigenen Wirtschaften zu widmen, und daß immer mehr AIK sich an ihren Erfolg anhängen, indem sie Exklusivverträge mit ihnen abschließen, ihnen mehr Land als erlaubt zuschanzen und andere Dinge tun, die nicht so recht zu „sozialistischer Gesetzlichkeit“ passen.

Die Debatte dauert noch an, doch ist mit größter Sicherheit anzunehmen, daß sie mehr oder minder zugunsten der ökonomischen Ratio beendet werden wird. Schließlich war die Landwirtschaft auch Prüffeld für die umfassendere Wirtschaftsreform, die als „Neuer Ökonomischer Mechanismus“ (NÖM) am 1. Januar 1982 gestartet wurde. Beim NÖM dürfte es ziemlich gleichgültig sein, ob er ein Zwillingbruder der ungarischen Wirtschaftsreform von 1968 ist (wie man nach erstem Augenschein denken möchte), oder ob die Ungarn damals ein bulgarisches Konzept realisierten (wofür diverse Indizien sprechen). Wichtig ist im Moment nur: der NÖM ist die geeignete Antwort auf drängende Probleme, die einer Lösung bedürfen.

Wie sieht das sozioökonomische Gesamtbild Bulgariens in den achtziger Jahren aus? Der notwendige Übergang von extensiver zu intensiver Wirtschaftsentwicklung — Wirtschaftswachstum resultiert überwiegend aus innerbetrieblicher Rationalisierung und Qualifikationsverbesserungen — wird durch bestehende Strukturen behindert; für die Zukunft ist kein Arbeitskräftezuwachs in Sicht; Investitionen müssen an technischen Fortschritt, Qualität und internationale Konkurrenzfähigkeit gebunden werden. Der bestehende Lebensstandard der Bulgaren muß gehalten und ausgebaut werden — unter Beachtung von Bulgariens angespannter Rohstoff-, Energie- und Umweltsituation.

Hier soll nun der NÖM neue Verhältnisse schaffen; bei seiner Formulierung war viel Wolkigkeit mit im Spiel, aber schließlich ging es auch um ideologisch brisante Fragen, die nicht ganz so kraß ausgesprochen werden konnten. Im Grunde geht es um zwei Dinge: durch ökonomisch stimulierte Interessiertheit Initiativen auszulösen und Verantwort-

ung auf allen Ebenen zu stärken; und zweitens: durch Neubestimmung und -einsatz von Preisen, Gewinnen, Zinsen und Krediten die Mittel dazu zu erhalten. Im Idealfall käme dabei ein dritter Weg zwischen westlicher Markt- und östlicher Planwirtschaft heraus.

Die Praxis des NÖM sieht so aus, daß Wirtschaftsverantwortung zweifach delegiert wird: Zum einen an „Sozialistische Wirtschaftsorganisationen“ (SWO), die als „separate, relativ selbständige Warenproduzenten“ im Rahmen staatlicher Planaufgaben tätig werden, dabei aber große Freiräume haben und vor allem „Gewinn“ machen sollen. Amtliche „Bevormundung“ und steuerliche Übervorteilung — klassische Übel zentraler Planwirtschaft — sollen ausgeräumt werden, damit die SWO auch wirklich von den neuen Möglichkeiten hinsichtlich Vertragsabschlüssen, Preisbildung, Kreditaufnahme, Finanzierung, Partnersuche, „wirtschaftlichem Risiko“ etc. Gebrauch machen.

Volkswirtschaftlich-produktive Grundzelle des NÖM ist die „Brigade neuen Typs“, die man sich sozusagen als eine SWO im Kleinformat vorzustellen hat: „Geschlossener technologischer Zyklus zur Gesamt- oder Teilproduktion“, kollektiver „Bewirtschafter“ von Maschinen, Anlagen und Materialien, Ausfühler von kollektiv gestellten „Produktionsaufgaben“, Buchhalter einer brigadeinternen „Wirtschaftsrechnung“, die die Einkünfte der Mitglieder nach Menge, Güte und Selbstkosten der Produktion regelt.

So will man die Werk tätigen „materiell und moralisch“ — in dieser Reihenfolge! — an qualitativer Produktion interessieren, die den Binnenmarkt befriedigt und die außenwirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit Bulgariens fördert, indem sie ihm eine Spezialisierung auf „bewährte“ Bereiche erlaubt. Wieviel von all dem Wirklichkeit wird, bleibt abzuwarten; bemerkenswert sind immerhin schon mehrere Momente — das pragmatische, ohne übergroße ideologische Ängstlichkeit erstellte Konzept des NÖM, die ersten guten Ergebnisse für die Versorgung der Bevölkerung (zu deutlich erhöhten Preisen) und die den NÖM begleitende politische Liberalisierung, die zu wirtschaftlichen Detailfragen praktisch jeden Diskussionsbeitrag erlaubt.

Erst seit neuestem betreibt auch Bulgarien „Joint Ventures“ mit westlichen Firmen, wogegen es sich früher entschieden gewehrt hat. Vorrangig aber bleibt seine RGW-Bindung. 1983 wurden 55,4 Prozent des „Nationalein-

kommens" — gesamtgesellschaftliche Wertschöpfung minus Dienstleistungen — von der Industrie erzeugt; 1984 wickelte Bulgarien 77 Prozent seines Außenhandels mit „sozialistischen“ Ländern ab, allein 57 Prozent mit der Sowjetunion. Diese liefert an Rohstoffen, was die Bulgaren brauchen, und nimmt an Gütern ab, was jene anbieten, toleriert mittlerweile auch alle Wirtschafts- und anderen Reformen (Bulgarien vielleicht auch als „Pflanzgarten“ für eigene Reformvorhaben ästimmierend). Zudem machen die Bulgaren seit den ausgehenden sechziger Jahren etwas, was die anderen Osteuropäer jetzt erst lernen müssen — Rohstoffe in der Sowjetunion selber zu produzieren. Rund 21 000 Bulgaren sind in der Komi ASSR, in der Kursker Magnetanomalie, in Orenburg, im Erzlager von Krivoj Rog und anderen Orten der UdSSR tätig, um dort Holz, Erz, Öl, Gas usw. für Bulgarien zu fördern.

Eine wirtschaftliche Würdigung Bulgariens wäre unvollständig ohne Erwähnung seiner touristischen Reize (die schon den antiken Römern ein angenehmer Begriff waren). Chefmanager des bulgarischen Tourismus ist derzeit Lytschesar Avramoff, in den frühen siebziger Jahren als bulgarischer „Kronprinz“ im Gespräch, bis er auf sowjetische Intervention hin in der Versenkung verschwand. Aus der tauchte er kürzlich wieder auf, mit ungebrochenem Elan der neuen Aufgabe hingegeben. Bulgarien ist als Touristikland ideal — heiße Mineralquellen finden sich im ganzen Westen, die zentralbulgarischen Gebirgsmassive des „Balkan“ und der „Rhodopen“ sind für den Wintersport so geeignet, daß Bulgarien für eine der nächsten Winterolympiaden kandidieren wird, und die Schwarzmeerstrände vom Kap Kaliakra im Norden bis zur exotischen Pracht von Nesebyr im Süden sind längst international akzeptiert. Schon fünf Jahre vor Stalins Tod gab die BKP-Führung die Weisung aus, den „internationalen Tourismus“ ins Land zu holen. Seitdem ist der Tourismus zur dritten Säule der bulgarischen Volkswirtschaft geworden — eine halbe Million Betten, 36 000 Arbeitsplätze, jährlich rund sechs Millionen ausländische Besucher.

Kein Zweifel: den Bulgaren von heute geht es gut — der „Joghurt-Kommunismus“ honoriert ihre Anstrengungen und zahlt sich für sie aus (gelegentlich zu Preisen, deren ständiges An-

heben Shiwkoff Leistenbrüche eingetragen hat, lästern sie selber). Aber das ist nur eine Seite der Medaille — auf deren Rückseite Umweltbelastungen, Bodenerosion, Luft- und Wasserverschmutzung, verödete Stadtzentren und anderes eingraviert sind. Bulgarien hat seinen industriellen Aufschwung auch mit industriellen Schadstoffemissionen und abwässerverschmutzten Flußläufen bezahlt; seine „sozialistische Landwirtschaft“ schlug ihre Großflächen auch in intakte Wälder, schädigte sie durch Monokulturen und Überdüngung, zermahlte sie durch schweres Gerät und überließ sie schutzlos der nagenden Kraft von Wind und Wasser. Die früher dichten Wälder der nordbulgarischen Donauebene sind bis auf einige Inseln abgeholzt, „Vandalismus“ und „Bodenraub“ treten auf, wo Industriebauten errichtet werden.

Über Umweltprobleme wurde in Bulgarien schon vor rund zwölf Jahren debattiert, und seither wuchs das ökologische Bewußtsein, das sich in einer verwirrenden Fülle staatlich-gesellschaftlicher Institutionen manifestierte: Legislative („Nationalversammlung“), Exekutive („Ministerrat“), der „Staatsrat“ (Mischform aus Legislative und Exekutive) und der Organisationsdachverband „Vaterländische Front“ legten sich jeweils eigene Öko-Gremien zu, über denen seit 1977 als oberstes Kontrollorgan das „Umweltschutzkomitee“ wirkt.

Hinzu kommt folgendes: Als alte Bauernnation haben die Bulgaren ein instinktives Verhältnis zu ökologischen Belangen und eine emotionale Bindung an die bulgarische Scholle. Wenn da über die Umwelt diskutiert wird, dann kommen gewissermaßen polnische Faktenhärte und bulgarische Streitlust zusammen, dann fließt in Wortwahl und Argumentationsweise eine mitunter atemberaubende Schärfe hinein, da klagen Zeitschriften — etwa die intellektuell-rauflustigen „Anteni“ aus Sofia — „sozialistische“ Industriegiganten vehement an, da erstellen Bodenkundler der Sofioter Universität ein ganzes Sündenregister der „sozialistischen Landwirtschaft“ und fordern die Abkehr von ihrer Großfelderbewirtschaftung u.a.m. Beides zusammen, die institutionellen Vorkehrungen des bulgarischen Staates und die psychischen „Befindlichkeiten“ der bulgarischen Gesellschaft, haben bereits ihren nachweisbaren Effekt für den Umweltschutz.

## IV. Kultur und Wissenschaft

„Betrüge dich nicht selber, Bulgare, kenne und liebe dein Volk, lerne seine Sprache, wisse, daß die Bulgaren die ersten auf dem Balkan und die tapfersten der Slawen waren“, diese Donnerworte gegen die „Väterverächter“ stieß der Athos-Mönch Paisij Chilendarski in seiner „Slavo-Bulgarischen Geschichte von Zaren und Heiligen und allen bulgarischen Taten und Ereignissen“ von 1762 aus. Mit diesem handgeschriebenen — später hundertfach abgeschriebenen — Buch setzte das Erwachen der Bulgaren aus ihrem Geschichtsschlaf ein, das später zu Recht „Wiedergeburt“ genannt wurde.

Bis zur bulgarischen Befreiung von 1877/78 dauerte es noch lange Jahre, während derer die Volksbildung das einzige Gebiet war, auf dem man sich für nationalbulgarische Belange betätigen konnte. Deutsche Ortschaften gruppieren sich um eine Kirche, bulgarische um ein „tschitalische“, was mit „Lesehalle“ nur unvollkommen übersetzt ist — sie waren Klub, Theater, Bibliothek, Volkshochschule etc., und sie sind es noch, lebendiger Nachklang der „Wiedergeburt“, die in ihnen vor allem vorbereitet wurde. Damals bildete sich auch die für Bulgaren charakteristische Hochachtung für Bildung und Wissen heraus: und wenn die ganze Familie hungerte und analphabetisch blieb — der begabteste Sohn ging zur Schule und studierte, und notfalls legte das ganze Dorf zusammen, um ihn zur Hochschule nach Odessa, Breslau oder München zu schicken.

In kaum etwas lassen sich Bulgaren so ungern hineinreden wie in die Bildungspolitik. In Mitteleuropa waren Böhmen und Mähren einmal europäische Vorhut in Schulfragen — über ein Dutzend kurzfristig-übereilter „sozialistischer Schulreformen“ seit 1948 haben die Tschechoslowakei mittlerweile zur osteuropäischen Nachhut werden lassen. So etwas möchte man in Bulgarien vermeiden, wo Schulreformen lange überlegt, ausführlich diskutiert und umsichtig realisiert werden. Die vorletzte wurde 1969, die bislang letzte im Juli 1979 gestartet. Sie zielt auf eine konzeptionelle (von der „Akademisierung“ zur „Professionalisierung“ der Sekundarstufe II), strukturelle (Schuleintrittsalter sechs Jahre, zehn Jahre Schulpflicht, obligatorische Berufsbildung in zweijährigen „Berufslehrkomplexen“ für alle) und methodisch-didaktische (vom Memorieren zum aktiven Wissenserwerb) Umgestaltung der Schule ab, die auch das

Hochschulstudium strafft (dreistufige Spezialisierung binnen vier bis sechs Studienjahren) und von der Hoffnung der Planer getragen ist, dem Land ein „langfristig stabil funktionierendes“ Bildungswesen zu verschaffen.

Von der Reform kaum tangiert waren die sogenannten „Sprachschulen“ — Gymnasien mit fremder Unterrichtssprache, unter ihnen acht Gymnasien mit deutscher Unterrichtssprache. Alle diese Unterrichtsanstalten sind Eliteschulen, deren Absolvierung einem Karrierefreibrief gleichkommt. Bulgarien war schon im ausgehenden 19. Jahrhundert das klassische Land fremdsprachiger Schulen und hat diese Tradition nach 1945 beibehalten — was ihm in Osteuropa eine vielbeneidete Pionierrolle auf diesem Feld eintrug.

Diese und andere Schulen gehören zumeist nicht in die Kompetenz des Volksbildungsministeriums, sondern zum „Komitee für Kunst und Kultur“, einem 1966 gegründeten Superministerium für alle Kulturangelegenheiten Bulgariens. Bis zu ihrem Tod am 21. Juli 1981 leitete Ljudmila Shiwkova, die Tochter des Staats- und Parteichefs, das Komitee. Die in Oxford promovierte Historikerin und Kunstgeschichtlerin hatte zwar Sitz und Stimme im ZK und Politbüro der BKP, aber ideologische Scheuklappen waren ihr völlig fremd; von ihr bekam der „Joghurt-Kommunismus“ seine nationalbewußte Weltoffenheit. Sie managte 1981 die 1300-Jahrfeiern, organisierte internationale Kongresse (und orientierte sich an sowjetischen und rumänischen Vorbildern, wie eine solche Organisation nicht aussehen dürfe), schickte bulgarische Künstler in alle Welt, ließ bulgarische Ausstellungen, etwa das „Thrakische Gold“, durchs Ausland reisen, brachte Ideologie und fernöstliche Philosophie zusammen. „Sozialistisch“ ist, was Bulgarien nützt — also knüpfte Ljudmila Kontakte zum Vatikan, um aus dessen Geheimarchiv altbulgarische Handschriften und Landkarten zu publizieren; also organisierte sie in Bulgarien Leonardo-da-Vinci-Feiern, was ihr nicht nur höchste italienische Ehren eintrug, sondern auch ein bulgarisch-italienisches special relationship begründete (das derzeit wegen der unsäglichen „bulgarian connection“ leider in Trümmern liegt); also publizierte sie ihre aufwendigen Bildbände über Kunstschatze in Bulgarien mit Vorliebe in einem Recklinghäuser Verlagshaus u. ä. m.

Ganz nebenbei wurde damals auch dem Kunstdogma des „sozialistischen Realismus“

in Bulgarien der Garaus gemacht. Lebensfähig war er in dem Lande nie; die bulgarischen Literaten der Vergangenheit waren ohnehin Realisten, und was ihre „sozialistischen“ Nachfahren schrieben, paßte nicht einmal zu Zeiten des Stalinismus in die sozialistisch-realistische Schablone. Heutzutage sind von bulgarischen Autoren „gesamtnationale“ Prinzipien gefordert, d. h. literarisches Schaffen soll sich möglichst bruchlos in die national-kulturellen Kontinuitäten einfügen. Wie diese aussehen, verdeutlicht die 1982 auf Anregung der Sofioter Literaturzeitschrift „ABV“ (nach den ersten Buchstaben des bulgarischen Alphabets benannt) geschaffene Buchreihe „Die ewigen Bücher Bulgariens“. Hier wird noch einmal alles beisammen sein, was den Bulgaren zu allen Zeiten etwas bedeutet hat — das literarische Erbe des „goldenen Zeitalters“ unter den Herrschern Boris und Simeon, die Schriften des Patriarchen Evtimij aus dem 14. Jahrhundert, von denen der „zweite südslavische Einfluß“ auf die Slawenheit ausging, Paisijs eingangs zitierte „Slawobulgarische Geschichte“, die bulgarischen Sprichwörter, die Petko Slavejkoff im vorigen Jahrhundert sammelte, die Lyrik von Christo Boteff, die witzigen Feuilletons von Aleko Konstantinoff, die Romane des Nationaldichters Ivan Vasoff, die Geschichtswerke des „bulgarischen Thukydides“ Sachari Stojanoff (aus denen keineswegs die vielen antirussischen Stellen gestrichen werden), Dimityr Taleffs Tetralogie über das Mazedonien zur Türkenzeit — alles wird da sein und dafür sorgen, daß es in Bulgarien einmal wieder Käuferschlangen gibt: vor den 1 300 Buchhandlungen des Landes.

Wie Chruschtschow mit Pasternak und Breshnew mit Solshenizyn umsprangen, wurde in Sofia selbst von konservativsten Parteileuten als „Idiotie“ bezeichnet. Bulgarischer Stil ist anders — erst mal reden lassen, dann heftig diskutieren. So war es 1958, als die bulgarischen Literaten geschlossen mit der Partei in den Ring stiegen. So ging es in den sechziger Jahren weiter, als u. a. Radoj Ralins bissige Satiren und Ljubomir Levtscheffs aggressiv-subjektive Lyrik die Kritik ratlos und ärgerlich machten. In den siebziger Jahren war Bulgarien Schauplatz sehenswerter Kämpfe: Dogmatiker, versammelt um das Organ des Schriftstellerverbandes „Literaturfront“, gegen Liberale um die Zeitschrift „Nationalkultur“. Beide Periodika kämpften mit härtesten Bandagen gegeneinander, wobei Bulgariens beste Autoren demonstrativ von der „Literaturfront“ abrückten, etwa die weltbekannte Poetessa Blaga Dimitrova.

All diese und viele andere Kämpfe sind heute Vergangenheit. Levtscheff beispielsweise, ein enger Vertrauter von Ljudmila Shiwkova, ist mittlerweile Präsident des Schriftstellerverbandes, und seine ehemals angefeindeten Verse sind bereits ins Deutsche übersetzt, z. B. „Tagesmond“ (Tübingen/Basel 1978). Nicht übersetzt, weil unübersetzbar, ist Radoj Ralins Schaffen, das seine doppelbödige Wirkung aus der Sprache bezieht — seine „reißesten Wörter“ („Vasallto mortale“, „Resolutiönär“, „Toastfreundschaft“, „Zensornamente“), seine berühmten „Druckfehler“ („Nach seinem Tod hinterließ er viele Leichen“/trupove statt „trudove-Werke“), seine bösen Aphorismen („Wenn es bei uns so viele strahlende Dinge gibt, warum soll dann der Satiriker keine schwarze Brille wie ein Schweißer tragen — sonst würde er erblinden“) und seine widerhaken Epigramme:

#### MENSCHENWURDE

Warum sich ducken, sich verneigen!  
Was soll die Jagd nach Protektion!  
Ich kann mich ganz bescheiden zeigen —  
bei Papas Spitzenposition.

#### ENGAGEMENT

Als Chef des Rates für Frieden  
ist er nunmehr ausgeschieden  
sein Neubau macht den Abgang leicht  
für Auto und Piano hat's auch noch gereicht.

Radoj Ralin, im Ausland praktisch unbekannt, wird in Bulgarien wahrhaft vergöttert, und die 1984 erschienenen zwei Bände „Ausgewählter Werke“ waren ein großer Bucherfolg. Das ist verständlich, denn Ralins thematische und sprachliche Meisterschaft muß ihn zum Publikumsliebhaber machen. Weniges liegt Bulgaren so am Herzen wie die eigene Sprache, und wohl nur in Bulgarien sind linguistische und soziolinguistische Studien weit mehr als esoterische Fachwissenschaft. Sprachenfragen sind auf dem Balkan immer politische Fragen, in Bulgarien mehr als anderswo. Zum Beispiel steht das Land unter einem starken Einfluß des offiziellen Russischen, was die Bulgaren ungemein ärgert und immer wieder ihre Gegenwehr provoziert. Von der „erdrückenden Flut unnötiger Russizismen“, von den „kabbalistischen Zeichen“ der vielen Abkürzungen u. a. ist da die Rede.

Für die Arbeitsstätten der bulgarischen Wissenschaftler gelten drei interessante Organisationsformen: „Institute“ als reine Forschungsstätten, die etwa ein Drittel aller wissenschaftlichen Einrichtungen ausmachen, „Wissenschaftliche Produktionsorganisatio-

nen" für angewandte Forschungen und Umsetzungstechnologien (rund zehn Prozent) und „Basen für Entwicklung und Einführung" als sozusagen werkseigene Forschungsabteilungen (über 40 Prozent). Daneben steht noch die akademische Sphäre, in der die Bulgaren schon in den frühen siebziger Jahren die für Osteuropa typische *Trennung* von Lehre und Forschung durch die Gründung von „Einheitszentren", wo Ausbildung, Spezialisierung und Forschung wiedervereinigt wurden, überwunden haben.

Eigene Forschungsstätten unterhalten die BKP und der Jugendverband „Komsomol". Ersterer sind die „Institute für moderne Sozialtheorien" zuzurechnen, die sich höchst unbefangen in aller Welt umschauen, was es Neues gibt und ob es für Bulgarien brauchbar ist. Beim Komsomol ist das „Institut für soziologische Jugendforschung" tätig, früher von Mintscho Semoff, jetzt von Petyr Miteff geleitet — ein selbstbewußtes, weltoffenes und „freches" Institut, das Tabus mit Wollust zertrümmert. Seine kleine Zeitschrift „Jugendprobleme" ist es allein wert, daß man Bulgarisch lernt, und Bulgarisch muß können, wer

z. B. etwas über die Jugend — der DDR erfahren möchte. Was den DDR-Jugendforschern daheim an Publikationsmöglichkeiten fehlt (alles!), haben sie in den Sofioter „Jugendproblemen", und die frische Offenheit des Blattes hat auf DDR-Autoren noch immer abgefärbt.

Wie es sich für Wissenschaftler gehört, sind auch die bulgarischen Kollegen untereinander heftig zerstritten. Wenn es einem prominenten Historiker passiert, daß ein Buch seines Assistenten von der Zensur gestoppt wird, weil es zwar den „Faschismus" behandelt, in jedem Satz aber „unerwünschte Analogien" zu einer anderen Gesellschaftsordnung enthält — der Fall ereignete sich 1983 —, dann wird solches halb bedauernd, halb schadenfroh sofort herumgetratscht. Die „Hauptkampflinie" aber verläuft auch wie anderswo zwischen den Generationen — die Alten blockieren Aufstiegsmöglichkeiten, sind dogmatischer und „sklerotisch" und benachteiligen die Jungen bei interessanten Auslandsreisen; das und ähnliches mehr wird in Bulgarien offen gesagt und in der Presse offen beschrieben.

## VIII. Außenpolitik

„If one wants to know, who will loose the next war, one has to check which side the Bulgarians will be on", lästerten vor langem die Amerikaner, auf Bulgariens deutsche „Gefolgschaftstreue" in zwei Weltkriegen anspielend. Es gibt unter den Bulgaren die vielfältigsten Vorlieben, die Boris III., Bulgariens letzter Monarch (gestorben 1943), einmal mit den klassischen Worten beschrieb: „Die Königin ist italophil, das Volk russophil, die Generäle germanophil, die Beamten anglophil — ich bin der einzige Neutrale in Bulgarien."

Bulgarische Bündnisloyalität ist sprichwörtlich — aber niemals waren die Bulgaren ein *Satellit* irgendeiner fremden Macht. Zwar haben die Russen Bulgarien von den Türken befreit, aber als sie aus ihm ein „Transdanubisches Gouvernement" machen wollten, handelten sie sich die Feindschaft *aller* Bulgaren ein. „Wir wollen von Rußland weder den Honig noch den Stachel", sagte Dragan Zankoff, Bulgariens weitblickendster Politiker des 19. Jahrhunderts, und der „bulgarische Bismarck" Stefan Stamboloff ließ nach 1885 keine Gelegenheit verstreichen, den Russen massiv Kontra zu geben.

Daß die Bulgaren keine Manipuliermasse sind, mußten im 20. Jahrhundert die Deutschen erfahren. Weder machte Bulgarien Hitlers „Rußlandfeldzug" mit, noch ließ es zu, daß auch nur *einer* seiner 55 000 Juden außer Landes deportiert wurde — obwohl Eichmann in Sofia aus und ein ging und deutsche Truppen im Lande standen.

Die heutige bulgarische Außenpolitik wird nicht im Kreml gemacht, aber von seinen Interessen *mitbestimmt* — die durch die Moskauer Unfähigkeit, zu lernen, seit über 250 Jahren dieselben sind. Das ist einer von drei Fixpunkten — die anderen beiden sind die balkanischen Antagonismen und die balkanischen Gemeinsamkeiten. Zu allen ist im einzelnen zu sagen:

1. Das Verhältnis der Bulgaren zu den Russen war immer extrem — extrem herzlich oder extrem disharmonisch. Begeistert von „djado Ivan" („Großvater Ivan", wie Rußland von den Bulgaren seit Ivan Groznyj bezeichnet wird) waren die Bulgaren, als nach dem Russisch-Türkischen Krieg im März 1878 ein Groß-Bulgarien entstand, das von der Donau bis zur Ägäis, vom Schwarzen Meer bis (fast) zur Ar-



dria reichte. Drei Monate hatte es Bestand — dann zerschlug es der Berliner Vertrag wieder, und das Verhältnis zu den Russen kühlte sich ab. Eisig wurde es, als die Bulgaren partout nicht nach der russischen Balalaika tanzen wollten. Erst im ausgehenden 19. Jahrhundert fand man wieder zusammen, weil Rußland die Bulgaren brauchte. Die klassischen russischen Wünsche gelten *nicht* dem Besitz des Mittelmeeres — der Happen wäre selbst für des Kremles Appetit zu groß —, vielmehr soll das Schwarze Meer als „mare nostrum“ und durch den Besitz des Bosphorus und der Dardanellen abgesichert werden.

2. Dieser russisch-sowjetische Wunsch ist noch kein außenpolitisches Balkan-Konzept; so etwas hat es nie gegeben. Gegenwärtig ist sowjetische Balkanpolitik vor allem von der *Angst* bestimmt, die heterogene Staatengemeinschaft der südosteuropäischen Halbinsel, wo NATO-Mitglieder (Türkei, Griechenland), Warschauer Paktstaaten (Bulgarien, Rumänien), Blockfreie (Jugoslawien) und Isolationisten (Albanien) zusammenleben, könnte eines Tages zu einer multilateral abgestimmten Kraft werden. Deswegen zogen sich die Sowjets z. B. schon im Dezember 1947 aus Bulgarien zurück, und kurz darauf ließen sie auch die kommunistischen griechischen Partisanen fallen, um nicht den Westen zu balkanischen Aktivitäten zu provozieren bzw. die Balkanstaaten gegen Bulgarien zusammenzutreiben. Deswegen hält Moskau aber auch die bulgarisch-jugoslawischen Dauerkonflikte lebendig, deren Auf und Ab ganz offenkundig mit sowjetischem Wohlwollen oder Mißfallen für Belgrad synchronisiert sind.

3. Noch sind die politischen Grenzen auf dem Balkan nicht so verfestigt wie weiter nördlich, und dieser Umstand bringt Bulgarien und die Sowjetunion gewissermaßen in eine außenpolitische Schicksalsgemeinschaft. In Ermangelung besserer Eingriffsmöglichkeiten sind die Sowjets an diesem balkanischen Schwebezustand interessiert, der den Bulgaren wiederum die Chance verschafft, für „balkanische Kooperation“, „atomwaffenfreier Balkan“ etc. zu werben — allerdings nur *bilateral*, wie Moskaus Weisung lautet. Und selbst dabei ist man noch vorsichtig, denn den Sowjets steckt noch der Schrecken in den Gliedern, den sie 1947/48 über Titos und Dimitroffs Föderationsplänen bekamen.

Kurz gesagt: Es gibt ein *balkanisches Gemeinschaftsgefühl*, das aus historischen, ökonomischen, sprachlichen, religiösen, politischen, ethnischen etc. Gemeinsamkeiten her-

rührt. Dieses Gefühl wurde von den Sowjets immer gefürchtet, partiell-temporär aber auch gefördert, so daß die Bulgaren eigentlich niemals ganz in ihrem ureigensten Interesse handeln können.

Der sowjetischen Taktik kommt zugute, daß auch den Bulgaren die Unfähigkeit, zu lernen, nicht fremd ist — anderenfalls gäbe es die unsägliche „mazedonische Frage“ nicht. Im Grunde gibt es sie auch nicht — wie kann eine autonome Nation mit allen unveräußerlichen Identitätsmerkmalen, die der Mazedonier, in „Frage“ stehen? In den altbulgarischen Reichen gehörte Mazedonien zu Bulgarien, unter der Türkei hatten Mazedonier und Bulgaren identische Interessen, von den Türken freizukommen. Für die Bulgaren kam dieser Tag 1870 in greifbare Nähe, als der Sultan ihnen ein nationalkirchliches „Exarchat“ zubilligte und für dieses Traumgrenzen absteckte. Diese Grenzen spukten noch in vielen Köpfen herum — noch 1984 hörte der Verfasser von einem bulgarischen Akademiker: „zwei Drittel Bulgariens sind außerhalb der bulgarischen Grenzen: die ganze Dobrudsha, Südserbien, Mazedonien, Thrakien usw.“

Im Juni 1878 hatte der Berliner Kongreß Mazedonien den Türken zurückgegeben. In den „Balkankriegen“ 1912/13 drängten die Balkanstaaten die Türken fast ganz aus Europa heraus — um sich sofort anschließend Mazedoniens wegen in die Haare zu kriegen. Griechenland nahm sich Ägäisch-Mazedonien um Saloniki, Serbien Vardar-Mazedonien zwischen Skopje und Ohrid, Bulgarien das kleine Pirin-Mazedonien. In beiden Weltkriegen schaffte es Bulgarien als Deutschlands Verbündeter, Mazedonien zu erobern, um es hinterher wieder herausrücken zu müssen. In der geographischen Region „Mazedonien“ leben „Bulgaren“, die „Bulgarisch“ sprechen, zumindest aber „westbulgarische Dialekte“ — so besagt es der bulgarische Standpunkt, der nur wenige Jahre unter Georgi Dimitroff keine Gültigkeit hatte. Mit Bulgaren ist über Mazedonien schwer zu reden, obwohl es mittlerweile wissenschaftliche Gemeinplätze sind, daß die slawisch-turkstämmige Ethnogenese der Bulgaren mit der der Mazedonier nichts gemein hat, daß beider Sprache und Kultur schon unter den Schülern der Slawen-Apostel im 10. Jahrhundert auseinanderdrifteten.

In Mazedonien leben Bulgaren, aber territoriale Ansprüche haben wir nicht — bedeutet Sofia seit Jahren Jugoslawien, wo man dem Frieden nicht traut und immer nervöser wird, zumal sich im Zeichen der Negation mazedo-

nischer Eigenständigkeit eine bulgarisch-griechisch-albanische Allianz herauszubilden scheint: Für die Griechen gibt es in Nordgriechenland nur „slawophone Hellenen“, die von den Papandreou-Sozialisten in ihrer slawomazedonischen Identität noch schärfer unterdrückt werden, als es die diktatorischen Obristen vorher taten. Albanien gewährt seiner mazedonischen Minderheit zwar minimale Rechte, hält sie aber statistisch klein — offiziell gibt es nur 4 100, tatsächlich aber *mindestens* 120 000 Mazedonier in Albanien.

Das Verhältnis Jugoslawiens zu Griechenland und Albanien ist schlecht, aber die Beziehungen Sofias zu Athen und Tirana werden immer besser. Seit über zwanzig Jahren „kungeln“ Sofia und Athen miteinander, weil die Bulgaren immer noch auf einen „Korridor“ zur Ägäis hoffen, die Griechen aber sowjetische Militärpräsenz in Bulgarien verhindern möchten. Derzeit glauben sich die Griechen diesem Ziel so nahe — nach fester Athener Überzeugung gibt es keine sowjetische Raketen in Bulgarien, nach jugoslawischer doch —, daß sie ihre Nordgrenze praktisch von Truppen entblößt haben, um sie desto massiver gegen den NATO-Partner Türkei aufmarschieren zu lassen. Und je feindlicher Belgrad und Tirana einander sind, desto näher kommen sich Bulgaren und Albaner.

Mit einem Wort: Die Situation ist so verfahren wie zum Jahrhundertbeginn, als der Balkan das „Pulverfaß Europas“ und die Balkanstaaten Bauern im Spiel der Großmächte waren. Aber ganz stimmt die Analogie doch nicht, denn niemand ist daran interessiert, daß die Lage explosiv wird. Bereits 1981 lancierte Todor Shiwkoff die Idee eines „atomwaffenfreien Balkans“ (möglicherweise unterstützt vom rumänischen Staats- und Parteichef Nicolae Ceauşescu, zu dem er beste persönliche Beziehungen hat). Im Frühjahr 1984 wurde in Athen darüber debattiert. Bulgaren, Rumänen und Griechen waren dafür, Türken dagegen, Jugoslawen zurückhaltend und Albaner gar nicht zugegen. Dennoch versicherten alle, daß sie eine „Fortsetzung des Dialogs“ wollten.

Momentaner Gewinner sind die Bulgaren. Im Herbst 1983 schmettete Shiwkoff sowjetische Wünsche nach Raketenstationierung damit ab, daß er ein Versprechen Breshnews als Joker zog, die UdSSR werde den Wunsch des bulgarischen Volkes „respektieren“ und keine Raketen in Bulgarien stationieren. Und als westliche Medien im Frühsommer 1984 meldeten, die Stationierung sei doch erfolgt,

tönte es triumphierend aus Sofia: „In Bulgarien gibt es keine Atomraketen ... Die Frage der Installierung sowjetischer Raketen auf bulgarischem Territorium hat weder zur Debatte gestanden, noch ist sie auf irgendeiner Ebene oder von irgendeinem Forum diskutiert worden ... Bulgarien tritt aktiv für die Idee ein, den Balkan zu einer atomwaffenfreien Zone zu machen.“

Bulgarien könnte das Zugpferd einer friedlichen Zukunft auf dem Balkan sein; daraus aber wurde bisher nichts, weil in und mit Bulgarien Dinge passierten, die mißtrauisch machten, zumindest aber unerklärlich erschienen. Da war zunächst das Attentat auf den Papst, hinter dem eine „bulgarian connection“ vermutet wurde. Alle Bulgaren waren empört (besonders die jungen Wissenschaftler, die schon ein Visum für Italien hatten, nun aber wieder ausgeladen wurden), und drastisch formulierte Todor Shiwkoff im Mai 1983 gegenüber dem westdeutschen Außenminister Genscher: „Die bulgarian connection ist ein ausgemachter Blödsinn; wenn ein Bulgare auf etwas schießt, dann trifft er auch — wie er jede Frau glücklich macht, mit der er ins Bett steigt!“

Man muß sich ja diese Argumentation nicht zu eigen machen — dunkel bleibt die Sache. Was hat Bulgarien mit dem slawischen Papst in Rom zu schaffen, das sich für außenpolitisch heikle Missionen doch so gern seiner Kirchenoberen bedient und zudem ganz ausgezeichnete Beziehungen zu Italien und dem Vatikan unterhielt? Die Antwort weiß niemand. Sollte sich jemals an der ganzen Angelegenheit etwas „Bulgarisches“ zeigen, dann kann das nur den Geheimdienst „Staatssicherheit“ (DS) betreffen, der aber nur dem Namen nach bulgarisch ist. Er wurde von den Sowjets geschaffen und jede seiner Abteilungen hat bis heute einen oder mehrere sowjetische „Berater“. Alle leitenden Mitarbeiter wurden in Moskau ausgebildet und dort durch ein spezielles „Gelöbnis der Treue zur Sowjetunion“ zu Zuträgerdiensten verpflichtet. Ein „Geheimer“ oder „deren Mann“ zu sein — eine größere *Schande* gibt es für Bulgaren nicht!

Zweitens gab es zwischen 1982 und 1984 unerklärliche Vorfälle um Shiwkoff selber. Ende 1982 war er monatelang aus der Öffentlichkeit verschwunden, nachdem er die oben erwähnten Auseinandersetzungen mit den Sowjets um den Tod seiner Tochter gehabt und zu Hause gerade einige allzu sowjettreue Spitzenpolitiker wegen „krimineller Verfehlungen“ für 20 Jahre ins Gefängnis gesperrt

hatte. Plötzlich aber war er wieder da, und munter erklärte er vor Studenten: „Gewisse Viren haben versucht, mich aus den Reihen zu drängen. Aber wir auf dem Balkan werden mit allen möglichen Viren fertig.“ „Virus“ heißt auf bulgarisch „virus“, Plural „virusi“ — was schnell gesprochen auch „Ihr Russen“ bedeuten könnte. Shiwkoffs Witz war schon immer doppelbödig. Aber Russen sind humorlos, und möglicherweise ist das auch die Ursache dafür, daß im August und September 1984 überall dort in Bulgarien Bomben hochgingen, wo Shiwkoff gerade eintraf. Aus Anlaß der 40-Jahrfeiern der kommunistischen Machtübernahme reiste er im Land umher, doch wurden die Feiern durch Explosionen gestört. Warum? Wem zum Nutzen?

Alles in allem: In Bulgarien stehen die Zeichen auf verstärkter nationaler Kohäsion, auf dem Balkan insgesamt auf vorsichtig geförderter Gemeinschaft — selbst wenn der Pulverdampf temporärer Störmanöver und Friktionen diese Zeichen momentan vernebelt. Kaum eine Region Europas hat sich in der Geschichte so in Geduld üben müssen und hat von der Geschichte so schwere Lektionen gelernt — beides wirkt nach und wirkt sich eines Tages auch aus — wie der Balkan. „Mach dich nicht zum Gürtel fremder Hosen“, sagt ein bulgarisches Sprichwort, und auf dem Rand altbulgarischer Münzen war eingeprägt: „Boshe pasi Bylgarija — Gott schütze Bulgarien“. Heute fehlt diese Prägung — aber Berechtigung hat die Bitte noch allemal!

## IX. Zusammenfassung

Bulgarien-Kenner werden es bestätigen: es herrscht Ruhe im Lande — nicht die Ruhe einer Masse, sondern die einer potentiellen Kraft. Bulgarien, in Ost und West gleich wenig wahrgenommen, hat nach dem Zweiten Weltkrieg einen unauffälligen Weg zurückgelegt, der ihm größere Erschütterungen ersparte, es aber zu sicht- und zählbaren Erfolgen führte. Daß diese Erfolge fast ausschließlich auf innen- und wirtschaftspolitischen Gebiet lagen und das auswärtige Ansehen Bulgariens damit nicht Schritt hielt (aus welchen Gründen auch immer) — diese eigentümliche Diskrepanz wird vom „bulgarischen Mann auf der Straße“ relativ gelassen hingenommen.

Patriarchalität und Pragmatismus kennzeichnen die moderne bulgarische Gesellschaft — individuelles Selbstwertgefühl ihre einzelnen Mitglieder. Die personell stabilste politische Führung Osteuropas ist mit den Jahren immer stärker auf die Wünsche der von ihr Geführten eingegangen, ein tragfähiger Minimalkonsens hat sich herausgebildet; unterentwickelte Berührungssängste und mangelndes Talent zum Dogmatismus „oben“, Leistungsbereitschaft, Erwerbssinn und Unbefangenheit „unten“ — diese Strömungen führten dazu, daß in Bulgarien Liberalität und Loyalität immer deutlicher in kommunizierenden Röhren pulsieren. Wer die Isobaren des spezifisch bulgarischen Klimas sucht: hier sind sie.

Bulgarien ist nach 1944 von agrarischer Unterentwicklung zu agroindustrieller Moderni-

tät fortgeschritten. Es ist stolz auf das Erreichte und verschweigt aber auch negative Begleiterscheinungen nicht. Diese zeigen sich vor allem im weiten Bereich demographischer Trends: rückläufige Natalitätsraten, „Altern“ der Gesellschaft, steigende Scheidungs- und Schwangerschaftsabbruchsziffern, Landflucht und Stadtkernverödung. Diese und ähnliche Dinge sind partiell unvermeidlich — restlos abfinden kann und will man sich in Bulgarien mit ihnen nicht.

Bulgariens wirtschaftliche Erfolge werden mittlerweile in Ost und West anerkannt. Sie stellten sich in dem Maße ein, wie das Land aufgezwungene sowjetische Mutter — Kollektivierung, Planwirtschaft — im Sinne nationaler Traditionen zu modifizieren begann. Seit 1973 wurden die „persönlichen“ Erwerbsmöglichkeiten in der „sozialistischen“ Landwirtschaft laufend ausgeweitet — mit denkbar bestem Effekt und in einer Weise, die ihre Abkunft von der altbulgarischen Großfamilienwirtschaft nicht verleugnen kann. Ähnlich positiv hat sich der 1982 gestartete „Neue Ökonomische Mechanismus“ angelassen, der Bulgarien ein kleines Wirtschaftswunder bescherte. Wer will, mag das Reformkonzept „sozialistisch“ nennen — konkreter wird es, wenn man es sich als systemare Ausweitung der Reformen vorstellt, die schon 1926 im westbulgarischen Kohlerevier von Pernik und 1929 bei den „Bulgarischen Staatsbahnen“ eingeführt wurden: Staatseigentum plus budgetär-administrative Autonomie in der Hoffnung auf Gewinn und Konkurrenzfähigkeit.

Daß „sozialistische Landwirtschaft“ und Industrialisierung nicht ohne Schädigung der Umwelt abgehen, erkannten die Bulgaren früher als andere — als erstes Land der Welt legte sich Bulgarien ein eigenes „Ministerium für Umweltschutz“ (1971) zu. Daß aber die Umweltschäden weitergingen, schmerzt die alte und schollenbewußte Bauernnation der Bulgaren besonders, weswegen in kaum einem Land Osteuropas so hart über Ökologieprobleme diskutiert und soviel für sie getan wird wie gerade in Bulgarien.

Bulgarien betrachtet sich als die älteste Kulturnation der Slawen und bezieht aus diesem Postulat nach dem intraslawischen Kulturprimat einen wesentlichen Teil seines Nationalbewußtseins. Der gesamte Kulturbereich — von der Sprache über die Bildung bis zur Literatur und Kunst — ist etwas, das jeder Bulgare mit einem Mea-resagitur-Empfinden betrachten wird. Und die Politik paßt sich dem an — speziell in der Bildungspolitik, die es bislang schaffte, die übliche Hektik und Kurzsichtigkeit osteuropäischer „Schulreformen“ zu vermeiden.

Die bulgarische Außenpolitik ist von zwei Determinanten geprägt: dem traditionell prorussischen Sentiment der Bulgaren und der Verbundenheit des Landes in balkanische Geschicke. Beide Momente konnten früher gelegentlich säuberlich getrennt werden — Phasen der Russophobie und Russophilie wechselten sich in Bulgariens Politik häufig ab —, gegenwärtig können sie es nicht mehr. Die sowjetische Balkanpolitik — getreue Fortset-

zerin des russischen Imperialismus und gegenüber Südosteuropa konzeptionslos wie dieser — ist vor allem von der Angst bestimmt, daß die politisch heterogene Staatengemeinschaft der Region zu einer multilateral abgestimmten Kraft werden könnte. Dagegen wird Bulgarien ins Feld geschickt, das seine Wünsche nach einem atomwaffenfreien, kooperativen Balkan lediglich strikt bilateral verfolgen darf und z. Z. den Vorteil hat, weder sowjetische Besatzungstruppen noch sowjetische Raketen beherbergen zu müssen.

Alles in allem Bulgarien muß von Europa erst noch „entdeckt“ und von uns Deutschen „wiederentdeckt“ werden. Die Bulgaren sind ein sehr deutschfreundliches Volk, dessen historisches Gedächtnis offenkundig etwas besser ist als das unsrige: Sie wissen, daß schon der altbulgarische Herrscher Boris I. im Jahre 864 einen „Freundschaftspakt“ mit den Deutschen schloß, daß die erste bulgarische Zeitung 1848 in Leipzig ediert wurde und tausende bulgarische Wissenschaftler ihre Ausbildung in Deutschland erhalten haben — beginnend mit dem größten überhaupt, dem „bulgarischen Leibniz“ Petyr Beron (1800—1871). Daß das gegenwärtige deutsch-bulgarische Verhältnis gut ist — politisch wie wirtschaftlich, denn die Bundesrepublik ist seit Jahrzehnten der größte westliche Handelspartner Bulgariens —, diese Feststellung wird in Bonn und Sofia schon fast monoton getroffen. Aber wie gut wäre das Verhältnis erst, wenn es die alten freundschaftlichen Bande wieder aufnähme, die sich auf dem soliden Fundament einer kulturellen Affinität entwickelt haben?

# Wandel und Kontinuität in Griechenland

## Zur wirtschaftlichen und politischen Entwicklung seit 1981

### I. Die beiden Wahlen von 1985

1985 standen in Griechenland zwei wichtige Wahlen an: die Wahl eines neuen Staatspräsidenten und die Wahl des nationalen Parlaments. Die erste Wahl war dabei von der regierenden Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK) unter Andreas Papandreou weitgehend in den Dienst der Parlamentswahlen gestellt worden. Papandreou entzog kurz vor der Wahl die dem bisherigen Staatspräsidenten Konstantin Karamanlis zugesicherte Unterstützung und präsentierte mit Christos Sartzetakis einen eigenen Kandidaten. Karamanlis verzichtete auf eine erneute Kandidatur, und Sartzetakis wurde am 29. März im dritten Wahlgang zum neuen Staatspräsidenten gewählt. Es waren zwei, vornehmlich wahltaktisch motivierte Überlegungen, die die Haltung der PASOK bei der Präsidentenwahl bestimmt hatten: Zum einen wollte die PASOK den nationalen Wahlkampf gleichsam mit der Parole eröffnen, daß der 1981 von den Sozialisten versprochene „große Wandel“, dessen Durchsetzung bislang an Karamanlis gescheitert sei, nunmehr zügig verwirklicht werden könne. Zum andern wollte Papandreou die Abwanderung etlicher Wähler von der PASOK zu den Kommunisten verhindern, womit zu rechnen gewesen wäre, wenn die PASOK die Wahl von Karamanlis unterstützt hätte. Wie die vorgezogenen Parlamentswahlen vom 2. Juni 1985 gezeigt haben, ist die Rechnung der PASOK auch weitgehend aufgegangen: Die PASOK hat den Rückgang des eigenen Stimmenanteils begrenzen, hat Wähler von den Kommunisten abziehen, hat ihre der politischen Mitte zuneigenden Wähler halten und hat einen starken Aufwärtstrend der oppositionellen Demokraten verhindern können.

Im einzelnen erbrachten die Wahlen folgende Ergebnisse: Die PASOK erzielte 45,8 Prozent der Stimmen und stellt nunmehr 161 von insgesamt 300 Abgeordneten. Sie verfügt über die absolute Mehrheit. Gegenüber den Wahlen von 1981 verlor die PASOK zwar 2,3 Prozent, im Vergleich mit den Wahlen zum Euro-

päischen Parlament von 1984 konnte sie aber 4,8 Prozent zulegen. Die Neue Demokratie, die 1981 auf 35,8 Prozent abgesunken war, konnte sich zwar auf 40,8 Prozent der Stimmen und 125 Sitze verbessern. Von der Regierungsmehrheit blieb sie dennoch weit entfernt. Die Kommunistische Partei (KKE) entsendet zwar ebenfalls wieder 13 Abgeordnete in das Athener Parlament, ihr Stimmenanteil verringerte sich jedoch von 10,9 auf 9,9 Prozent. Von den Verlusten der KKE dürfte die PASOK profitiert haben. Die eurokommunistisch orientierte KKE-Inland erhöhte ihren Stimmenanteil leicht von 1,3 Prozent 1981 auf 1,8 Prozent 1985, womit sie erstmalig auch einen Abgeordneten im Parlament stellt. Die rechtsextreme Nationale Politische Union (EPEN) kam nur auf einen Stimmenanteil von 0,6 Prozent.

Der deutschen Publizistik bereitete der Wahlausgang einige Schwierigkeiten — nicht nur, weil man ein Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden größten Parteien erwartet hatte, das dann doch nicht stattfand, auch hatte man ein Votum der Griechen für eine Partei zu kommentieren, deren Politik hierzulande nicht selten als abenteuerlich, antiwestlich, unlogisch, unberechenbar und gar irrational beurteilt wird. Es ist völlig einseitig, wenn der Kommentator einer bedeutenden Tageszeitung feststellte, Papandreou habe als „Demagoge“ die Wahl gewonnen, so als ob die Neue Demokratie vor Demagogie im Wahlkampf zurückgeschreckt hätte. Wer griechische Wahlauseinandersetzungen kennt, den müßte das verwundern. Im Wahlkampf dominieren persönliche Angriffe — und stehen Sachauseinandersetzungen zurück. Und wenn an gleicher Stelle unter Anspielung auf die Glückwünsche, die Papandreou nach der Wahl aus Moskau erhalten hatte, assoziiert wurde, die PASOK tendiere zu einer antiwestlichen Politik und zur Annäherung an die UdSSR, dann ist dies ebenfalls unzutreffend. Sicher, die griechische Politik hat seit 1981 den westlichen Partnern etliche

Unannehmlichkeiten bereitet. Dies jedoch mit einer antiwestlichen oder gar prosowjetischen Politik zu identifizieren, läßt eine abgewogene und nüchterne Beurteilung vermissen. Zutreffender war da schon jener Kom-

mentar, der hervorhob, daß die Wahlen von 1985 einen dauerhaften Linkstrend in der griechischen Politik signalisieren, dessen Anfänge bis in die sechziger Jahre zurückverfolgt werden können.

## II. Das politische System Griechenlands und seine Veränderungen

### 1. 1981 — ein Jahr von besonderer Bedeutung

Das Jahr 1981 war für Griechenland von besonderer Bedeutung. Zwei Ereignisse waren es, die die Entwicklung des Landes nachhaltig beeinflußt haben: Zum einen trat am 1. Januar 1981 der Vertrag über den Beitritt Griechenlands zur Europäischen Gemeinschaft in Kraft. Griechenland wurde das zehnte Mitglied der Gemeinschaft. Zum andern gewannen die Sozialisten von der PASOK am 18. Oktober 1981 die Wahlen. Erstmals in der griechischen Geschichte konnte damit eine linke Partei die Regierungsmacht übernehmen.

Bei einem Rückblick auf die jüngere Entwicklung Griechenlands wird beiden Ereignissen besondere Beachtung zuteil werden müssen, zumal sie in einer recht spannungsreichen Beziehung zueinander stehen: Die bis 1981 regierende Neue Demokratie hatte nicht zuletzt aufgrund des Beitritts zur EG gehofft, die eigenen Wahlchancen zu erhöhen, verband die damalige Regierung doch mit der griechischen Mitgliedschaft in der EG die Hoffnung einer umfassenden Wohlfahrtssteigerung in Griechenland. Doch statt der Neuen Demokratie gewann die PASOK die Wahlen, womit eine Partei an die Regierungsmacht gelangte, die der EG traditionell sehr kritisch bis ablehnend gegenüberstand. Nunmehr an der Regierung, hätte die PASOK die Möglichkeit gehabt, das Land wieder aus der Gemeinschaft herauszuführen. Daß sie es nicht getan hat, verdient ebenso Beachtung und verlangt nach einer Erklärung, wie auch festzustellen ist, daß diese Entwicklung bei den Regierungen der übrigen EG-Länder keine ungeteilte Freude auslöste. Die griechische Regierung nahm nämlich in wichtigen Fragen abweichende Haltungen ein und spielte nicht selten die Rolle eines Außenseiters in der Gemeinschaft.

Bevor auf die Politik der PASOK-Regierung und auf die ersten Jahre der griechischen EG-Mitgliedschaft eingegangen werden kann, ist

auf wichtige Veränderungen im politischen System Griechenlands selbst aufmerksam zu machen.

### 2. Der Aufstieg der PASOK — Symptom für tiefgreifende Veränderungen in der griechischen Politik

Der Bürgerkrieg von 1946 bis 1949 hatte in Griechenland zu einer scharfen Polarisierung der politischen Kräfte geführt. In den von der Bürgerkriegsarmee kontrollierten Gebieten lösten sich die traditionellen Herrschaftsverhältnisse auf, und es entwickelte sich so etwas wie eine politische Gegenkultur. Mit ausländischer Unterstützung, vor allem durch die USA, gelang es, die bisherige Ordnung wiederherzustellen. Ausnahme Gesetze bestimmten fortan den politischen Alltag. Staatliche Repressionen trafen nicht nur die seit 1947 illegalisierten Kommunisten, sondern die gesamte Opposition. Diese warf den Regierenden vor, sich nur durch Manipulation der Wahlen an der Macht halten zu können.

Erst Mitte der sechziger Jahre hatte sich das politische Leben in Griechenland so weit normalisiert, daß die bisherige Opposition Wahlen gewinnen und die Regierung übernehmen konnte. In den Wahlsiegen der Zentrumsparterie unter Georgios Papandreou in den Jahren 1963 und 1964 spiegelte sich der Wunsch vieler Griechen wider, den gesellschaftspolitischen Stillstand und die anhaltende Reformfeindlichkeit zu überwinden. Insoweit kamen Akzente der politischen Gegenkultur wieder zum Ausdruck. Die Regierung Papandreou, die zwar etliche Reformvorhaben einleitete, insgesamt jedoch eine ebenso zurückhaltende wie prowestliche und marktwirtschaftliche Politik betrieb, geriet indessen alsbald mit den Kräften der alten Macht aneinander. Der König betrieb die Entlassung der Regierung und half mit, eine ihm genehme Regierung zu bilden, die allerdings über keine parlamentarische Mehrheit verfügte. Die politische Destabilisierung mündete schließlich in den

Putsch der Obristen vom 21. April 1967. Deren Diktatur konnte sich bis zum 23. Juli 1974 halten.

In mancherlei Hinsicht stellte das Jahr 1974 einen Neuanfang in der griechischen Politik dar. Die neue Regierung unter Konstantin Karamanlis hob das Verbot der Kommunistischen Partei auf, womit der militante Antikommunismus als ideologische Überhöhung der Unterdrückung oppositioneller Kräfte verschiedenster Richtungen verabschiedet wurde. Hatte die Militärjunta eine „griechisch-christliche Kultur“ u. a. durch die Restauration der Gelehrtensprache „Katharevousa“ als verbindlicher Unterrichtssprache durchsetzen wollen, so wurde 1976 die „Dimotiki“ (Volkssprache) als offizielle Amtssprache eingeführt. Das „Zeugnis der nationalen Gesinnung“, das eine antikommunistische Haltung bescheinigte und u. a. auch zum Fahren eines Lastwagens oder Schulbusses erforderlich war, wurde abgeschafft. Doch allzu weitreichend war der Neuanfang von 1974 auch nicht. Ungeachtet des eigenen Anspruches, eine Politik der innenpolitischen Toleranz betreiben und ein politisches Klima der Milde schaffen zu wollen, stellte sich die seit 1974 regierende Neue Demokratie als eine politische Partei dar, die in mancher Beziehung das Land nach traditionellen Mustern regierte. Die erhoffte Modernisierung blieb aus, was auch an der Neuen Demokratie selbst erkennbar war. Sie blieb eine Partei traditionellen Zuschnitts, ohne feste Organisation und ohne ausreichende innerparteiliche Willensbildung. In den Verbänden und den Gewerkschaften machte sich der staatliche Einfluß bemerkbar, so daß vom „Staatssyndikalismus“ die Rede war. Die Günstlingswirtschaft und die Privilegierung der alten Eliten bestimmten alsbald wieder das politische Leben. In einem unterschied sich die Entwicklung nach 1974 allerdings wesentlich gegenüber früheren Zeiten: Ein politischer Grundkonsens war zumindest insoweit vorhanden, daß die Ablösung der Regierung durch die PASOK ohne innenpolitische Erschütterungen vor sich gehen konnte. Gemessen an griechischen Erfahrungen, ist dies als Fortschritt beileibe nicht zu unterschätzen<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Hinzu kommt, daß sich antidemokratische Kräfte in der Armee und anderswo nach 1974 zurückhalten müssen. Sie haben sich durch die Junta der Obristen zu sehr selber diskreditiert. Teile der Armeeführung sahen sich zusätzlicher Kritik wegen ihrer Intervention in Zypern, die die türkische Besetzung der Insel auslöste, ausgesetzt.

Der Aufstieg der PASOK nach 1974 ist einmalig. Keine andere Partei in einem vergleichbaren Land hat in so kurzer Zeit so große Erfolge erringen können. Erst 1974 gegründet, konnte die PASOK schon sieben Jahre später die Wahlen gewinnen und die Regierungsmacht übernehmen. Von Wahl zu Wahl verdoppelte die PASOK ihren Stimmenanteil. Waren es 1974 erst 13,6 Prozent, womit die PASOK die drittstärkste Partei wurde, so wandelte sich das Bild schon 1977. Die PASOK erreichte 25,3 Prozent und verdrängte die Zentrumsparterie vom Platz der zweitstärksten Partei. 1981 schließlich reichten die von der PASOK erzielten 48,1 Prozent aus, um eine absolute Mehrheit im Parlament zu erlangen. Ebenso bemerkenswert wie der Erfolg der PASOK sind die Verluste der Neuen Demokratie und vor allem des Zentrums. Gegenüber 1974 hatte 1981 die Neue Demokratie rund eine halbe Million Wählerstimmen verloren. Von ihrem Ergebnis von 54,4 Prozent 1974 war die Neue Demokratie 1981 mit 35,9 Prozent weit entfernt. Von den gut eine Million Wählerstimmen, die das Zentrum 1974 noch an sich binden konnte, blieben dieser Partei 1981 nur noch etwas über 22 000 Stimmen übrig. Der Stimmenanteil des Zentrums sank in diesem Zeitraum von 20,4 auf 0,4 Prozent. Neben dem erstaunlichen Erfolg der PASOK sind diese erheblichen Verluste des Zentrums das herausragende Merkmal der griechischen Wahlen seit 1974. (Beides hängt, wie noch gezeigt wird, eng miteinander zusammen.)

Der Einfluß der kommunistischen und linkssozialistischen Kräfte hat sich nach 1974 nur wenig erhöht. In diesem Spektrum ist allerdings die Stellung der traditionell orientierten Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) gestärkt worden. Sie konnte 1981 mit 10,9 Prozent allein ein besseres Stimmenergebnis erzielen als 1974 im Bündnis mit anderen linken Kräften. Die eurokommunistisch beeinflusste KKE-Inland hat 1981 nur wenig mehr als ein Prozent der Stimmen erzielen können. Auch die sich am sozialdemokratischen Vorbild in Westeuropa orientierende „Partei des demokratischen Sozialismus“ hatte 1981 kein sonderlich gutes Ergebnis (0,7 Prozent) erreicht. Das rechtsextreme „Nationale Lager“, das 1977 immerhin noch über neun Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte, verzichtete 1981 auf eine eigenständige Kandidatur und forderte zu einer Wahl der Neuen Demokratie auf, damit die „nationalen Kräfte“ nicht gespalten würden. Auch der Wahlverzicht des Nationalen Lagers hat

der Neuen Demokratie allerdings die Niederlage nicht ersparen können<sup>2)</sup>.

Bei den Wahlen in Griechenland sind traditionell Wahlsysteme zur Anwendung gelangt, die den jeweils regierenden Parteien stabile Mehrheiten sicherten<sup>3)</sup>. Die PASOK hatte im Wahlkampf von 1981 versprochen, daß sie das Wahlsystem ändern wolle, um die Benachteiligung der kleineren und oppositionellen Parteien aufzuheben. Mittlerweile wurde auch tatsächlich das Wahlrecht geändert. Es wird nicht länger nach dem 1974 eingeführten verstärkten Verhältniswahlrecht gewählt, bei dem an der zweiten Verteilung der Parlamentssitze nur diejenigen Parteien teilnehmen durften, die mindestens 17 Prozent aller Stimmen erhalten hatten. Dieses Verfahren begünstigte die größeren Parteien. 1985 beschloß die PASOK-Mehrheit im Athener Parlament ein Wahlverfahren, bei dem drei Verteilungen der Sitze vorgesehen sind. Bei der zweiten und dritten Sitzverteilung werden allerdings erneut die Stimmen der ersten Verteilung zugrundegelegt, wodurch ebenfalls wieder die größeren Parteien bevorzugt werden<sup>4)</sup>.

Die Gründe für dieses Wahlsystem und für die Nichterfüllung des PASOK-Wahlversprechens dürften eindeutig sein: Die PASOK wollte vermeiden, daß sie auf irgendeine Art der Kooperation mit der Kommunistischen Partei angewiesen wäre, um weiterhin die Regierungsmacht innehaben zu können. Bei einem solchen Bündnis sieht sich die PASOK nämlich einer doppelten Gefährdung ausgesetzt: Zum einen könnten antidemokratische Kräfte eine solche Zusammenarbeit zum Anlaß nehmen, wieder politisch zu intervenieren. Die jüngere griechische Geschichte kennt dafür genügend Beispiele. Und die junatreaun, ehemals royalistischen oder der De-

mokratie insgesamt ablehnend gegenüberstehenden Gruppierungen haben sich nach 1974 zwar zurückgehalten. Sie sind aber durchaus noch existent. Zum anderen müßte die PASOK bei einer Kooperation mit den Kommunisten aber auch um einen beträchtlichen Teil ihrer eigenen Wähler fürchten. Wie noch gezeigt wird, kam ein Großteil der PASOK-Wähler von den Zentrumsparteien und hängt traditionell eher politisch gemäßigten Auffassungen an. Die Abwanderung dieser Wähler käme dem Verlust der Regierungsfähigkeit gleich.

### 3. Politische Kultur in Griechenland

Ohne die politische Kultur eines Landes sind dessen Besonderheiten kaum zu fassen. Politische Kultur kann dabei als die „für eine Gesellschaft insgesamt und/oder gesellschaftliche Großgruppen in einer bestimmten Zeit charakteristischen politischen Orientierungs- und Verhaltensmuster“ begriffen werden<sup>5)</sup>. Kennzeichen der politischen Kultur in Griechenland sind vor allem: im Land verbreitete Kritik an der Abhängigkeit Griechenlands vom Ausland und an den Interventionen von Königshaus und Armee, Klientel- und Patronagebeziehungen, Personalismus in der Politik, das verbreitete Verlangen nach charismatischen Führerpersönlichkeiten und eine besondere Art des ideologischen Formalismus, der die politischen Debatte und Auseinandersetzungen kennzeichnet. Die Einmischungen ausländischer Mächte in die griechischen Angelegenheiten wurden in Griechenland als so gravierend empfunden, daß sich dort so etwas wie eine Volkstradition der Kritik an der Auslandsabhängigkeit etablieren konnte. Parteien, die die Überwindung der Abhängigkeit vom Ausland propagierten, konnten stets auf größere Resonanz rechnen — einer der Gründe für den Aufstieg der PASOK. Oft genug wird dabei freilich unterschlagen, daß es griechische Politiker auch selber waren, die sich zur Durchsetzung ihrer eigenen Ziele ausländischer Mächte bedienten.

Die politischen Verhaltensmuster sind in Griechenland auch dadurch geprägt worden, daß das Königshaus und die Armee vor politischen Interventionen und auch vor Eingriffen in die Tagespolitik nicht zurückschreckten. Griechenland hat so keine langen Zeiten sta-

<sup>2)</sup> Quellen: K.-D. Grothusen (Hrsg.), Griechenland, Südosteuropa-Handbuch, Band 3, Göttingen 1980, S. 647ff.; M. G. Drettakis, *Voulitikes Ekloges* 1974, 1977, 1981, Athen 1982, S. 40.

<sup>3)</sup> Vgl. u. a. Ph. Vegleris, *Greek Electoral Law*, in: H. R. Penniman (Ed.), *Greece at the Polls. The National Elections of 1974 and 1977*, Washington-London 1981, S. 21—48. B. Kohler, *Politischer Umbruch in Südeuropa. Portugal, Griechenland, Spanien auf dem Weg zur Demokratie*, Bonn 1981, S. 149f.

<sup>4)</sup> In ihrer Ausgabe vom 21. 1. 1985 schrieb die Athener Zeitschrift „Greece's Weekly for Business and Finance“ über das neue Wahlrecht: „It is virtually a minimal deviation from the existing 'reinforced proportional representation' system which, in fact, cuts out minor parties and splinter groups unable to command 3,5 %—4,0 % of the total ballot. It favors the two major parties and to a very small extent the KKE Exterior Communist Party“ (S. 5).

<sup>5)</sup> So P. Reichel in der Einleitung zu: ders. (Hrsg.), *Politische Kultur in Westeuropa. Bürger und Staaten in der Europäischen Gemeinschaft* (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 209), Bonn 1984, S. 9.



biler demokratischer Zustände erleben können. Die Könige haben kaum dazu beigetragen, nationale Einheit und Stabilität zu stiften. Die Armee verstand sich traditionell nicht nur als Wächter gegen den ausländischen wie inländischen Kommunismus, sondern stets auch als aktiver politischer Faktor. Neben dem König und dem Parlament stellte sie die dritte Kraft in einem das politische Leben bestimmenden Kräftedreieck dar. Sobald ihre politische Rolle gefährdet schien, neigte die Armee zur politischen Intervention. Nach 1974 hatte sich zwar die Armeeführung zurückhalten müssen. Der behutsame Umgang der PASOK-Regierung mit der Armee seit 1981 und die weitgehende Berücksichtigung ihrer ideellen und materiellen Interessen (Beförderungen, Wohnungen, Gehälter) deuten jedoch darauf hin, daß auch Papandreou jegliche Aktion vermeiden wollte, die die Armee als Herausforderung hätte begreifen können. Auch bei der Formulierung der Außenpolitik und insbesondere bei der heiklen Frage der griechischen NATO-Mitgliedschaft und der Existenz amerikanischer Militärbasen in Griechenland haben derartige Motive die PASOK-Regierungspolitik beeinflußt (s. u.).

Auch heute noch kennzeichnen der Klientelismus und Paternalismus, der Personalismus und das Verlangen nach charismatischen Führern das griechische Parteiensystem. Wollen griechische Bürger z. B. eine Baugenehmigung, dann ist es Tradition, sich nicht direkt an die Verwaltung zu wenden, sondern den örtlichen Abgeordneten oder einen guten Bekannten im Ministerium einzuschalten. Will ein Abgeordneter bei den nächsten Wahlen wiedergewählt werden, muß er sich tunlichst für derartige persönliche Wünsche einsetzen und seine Klientel damit zufriedenstellen. Auf diese Weise hat sich in Griechenland die Vetternwirtschaft weit verbreiten können. Als „Rousfeti“ (politischer Handel) bezeichnen die Griechen diesen sehr stark auf persönliche Beziehungen abgestellten Tatbestand. Der Erfolg eines Politikers hängt traditionell davon ab, daß er als Patron seine Klientel zufriedenstellen kann. Auch explizit politische Forderungen werden nicht über Organisationen, „Dienstwege“ oder politische Institutionen, sondern über persönliche Kanäle weitergeleitet.

Der Klientelismus verdankt seine Entstehung zwei Faktoren: Zum einen der großen Bedeutung der Familie, indem man als Familienmitglied und nicht als Individuum auftrat, und

zum andern der langwährenden türkischen Besetzung Griechenlands. Mit der türkischen Herrschaft traten die Griechen über Mittelsmänner in Beziehung. Diese Rolle ging später auf die Abgeordneten über. In den ländlichen Gebieten waren die Beziehungen zu den Abgeordneten besonders eng. Ganze Dörfer sicherten sich durch eine geschlossene und einheitliche Stimmabgabe bei Wahlen die Zuneigung eines Abgeordneten. Parteien spielten unter diesen Bedingungen keine Rolle. Sie waren lediglich der lose Zusammenschluß von Politikern, die lokal in klientelistische Bindungen eingebunden blieben<sup>6)</sup>.

Mit der Industrialisierung und Urbanisierung wurden die städtischen Industriearbeiter allmählich den klientelistischen Netzen entbunden. Die Bedeutung der politischen Parteien nahm zu, so daß man heute angemessener von der Existenz eines Partei-Klientelismus spricht, als weiterhin von der Existenz des alten Klientelismus auszugehen<sup>7)</sup>. Die Abgeordneten haben einen Teil ihrer früheren Autonomie an die nationalen Parteiführer verloren. Die Abhängigkeit der Abgeordneten von den Parteichefs verstärkte sich. Nationale Angelegenheiten spielen für die Parteien eine größere Rolle; ihre Bemühungen zur landesweiten Organisation nehmen zu. Dabei ist der Prozeß der Organisation von „modernen“ Massenparteien ungleichmäßig vorangekommen: Die kommunistischen Parteien waren schon traditionell nicht in das Klientelsystem eingebunden. Die PASOK hat als relativ junge Partei auch nicht ähnlich dichte klientelistische Netzwerke wie die traditionellen Parteien aufbauen können. Die Neue Demokratie und die übrigen Parteien sind dagegen noch relativ weitgehend durch die Merkmale der klassischen griechischen politischen Kultur gekennzeichnet.

Welch bedeutsame Rolle der Personalismus und das Verlangen nach charismatischen Führern auch heute noch spielen, zeigt sich an der PASOK. Ohne Andreas Papandreou hätte die PASOK den Aufstieg nicht geschafft. Andreas Papandreou kann dabei von seinem „guten Namen“ — sein Vater war der frühere Ministerpräsident Georgios Papandreou — profitieren. Ein Teil der PASOK-

<sup>6)</sup> Eine nahezu „klassische“ Schilderung des Klientelismus findet sich für Griechenland in: K. R. Legg, *Politics in Modern Greece*, Stanford 1969.

<sup>7)</sup> Zur Kritik an der bloßen Fortschreibung des klassischen Klientelismus-Bildes vgl. H.-J. Axt, *Die PASOK in Griechenland. Aufstieg und Wandel eines verspäteten Sozialismus*, Bonn 1985 (im Erscheinen).

Mitglieder und Wähler besteht aus den „Andreisten“, den traditionellen Anhängern der Familie Papandreou. Innerhalb der PASOK ist Andreas Papandreou die unangefochtene Führungspersönlichkeit. Die Partei und ihre Politik sind auf ihn zugeschnitten. Und er erfüllt auch den Wunsch vieler Griechen nach einem charismatischen Führer, so daß mit Recht bemerkt wurde, daß eine PASOK ohne Papandreou der Bedeutungslosigkeit verfallen könnte.

Gerade die Debatten über Vor- und Nachteile der griechischen EG-Mitgliedschaft haben eine Besonderheit vieler griechischer politischer Auseinandersetzungen gezeigt: den politischen Formalismus. Idealtypisch betrachtet, nehmen in Griechenland politische Debatten entweder die Form metaphysischer Diskussionen über allgemeinste Werte wie Freiheit, Demokratie oder Gleichheit an, oder aber sie spielen sich auf einer rein personalistischen Ebene ab. Beide Arten sind miteinander verbunden. Hinter abstrakten Diskussionen stehen nicht selten persönliche Interessen. Weil diese Debatten aber von den alltäglichen Erfahrungen und Problemen abgehoben bleiben, bieten sie auch kaum Ansatzpunkte zur Beeinflussung und Veränderung eben dieser Realität<sup>8)</sup>. Bei der griechischen EG-Debatte machte sich das darin bemerkbar, daß zwar heftig für oder gegen die EG gestritten wurde, daß dabei aber eine differenzierende Beurteilung der tatsächlich zu erwartenden Folgen der Mitgliedschaft auf der Strecke blieb.

#### 4. Die relevanten politischen Parteien

Die jüngere politische Entwicklung Griechenlands ist maßgeblich durch die PASOK und ihren Aufstieg zur stärksten politischen Kraft geprägt worden. Gerade über diese Partei sind hierzulande allerdings die Informationen eher spärlich. Die Wurzeln der PASOK, die 1974 von Andreas Papandreou gegründet wurde, reichen zurück bis in die sechziger Jahre, als Andreas Papandreou mit anderen Politikern innerhalb der Zentrumspartei einen linken Flügel gebildet hatte. Während der Militärjunta hatten sich diese Kräfte in der „Panhellenischen Befreiungsbewegung“ (PAK) zusammengefunden. Auf weiter zurückreichende historische Traditionen hat die PASOK allerdings nicht aufbauen können. In

<sup>8)</sup> Den ideologischen Formalismus hat besonders anschaulich beschrieben: N. P. Mouzelis, *Modern Greece. Facets of Underdevelopment*, London and Basingstoke 1978, passim.

Griechenland gibt es nämlich keine Tradition sozialistischer Massenbewegungen. Die Gründe dafür liegen einerseits in der industriellen Unterentwicklung und andererseits darin, daß sich die ersten Anfänge einer politischen Arbeiterbewegung in Griechenland schon frühzeitig der kommunistischen Richtung zuwandten, so daß die Kommunistische Partei im linken Spektrum über lange Zeit dominant blieb. Sozialistische Kräfte verfehlten dagegen den Aufbau einer eigenständigen und starken Organisation<sup>9)</sup>. Unter diesen Aspekten muß der 3. September 1974, der Tag der Gründung der PASOK, als Beginn der Entwicklung zu einer sozialistischen Massenpartei betrachtet werden. Das bedeutet aber auch, daß die PASOK nunmehr nachholen mußte, was die Schwesterparteien in anderen europäischen Ländern schon vor rund hundert Jahren begonnen hatten. Vor diesem Hintergrund wird auch manche Eigenart der PASOK und ihrer Regierungspolitik, mancher Widerspruch zwischen Anspruch und Realität zumindest nachvollziehbar.

Die Organisation der PASOK ist vergleichsweise gut entwickelt. Auch in entlegenen Landesteilen ist die Partei präsent. Die Partei ist von der lokalen bis zur zentralen Ebene straff organisiert<sup>10)</sup>. Zehn Jahre nach der Gründung trat 1984 zum ersten Mal ein ordentlicher Parteitag zusammen. Ende 1982 hatte die PASOK rund 150 000 Mitglieder<sup>11)</sup>. Das war fast eine Verdoppelung des Mitgliederbestandes von Anfang 1981, als die PASOK 85 000 Mitglieder zählte. Innerhalb der PASOK dominiert Andreas Papandreou, was er seiner charismatischen Ausstrahlung, seinen politischen Erfahrungen und der Tatsache verdankt, daß die Rechte des Parteiführers sehr weitgehend sind. Er und nicht eine lokale Parteiorganisation benennt z. B. die Kandidaten für anstehende Wahlen. Dies hat die Abhängigkeit der Abgeordneten von dem Parteiführer (wie bei anderen griechischen Parteien auch) erhöht. Anfangs war die dominierende Stellung Papandreous auch die Voraussetzung dafür, daß die PASOK angesichts der unterschiedlichen politischen Strömungen, die sich in der Partei zusammengefunden hatten, nicht an ihrer internen Heterogenität zerbrach. Auf dem Parteitag von 1984 ist allerdings auch das Verlangen spürbar geworden,

<sup>9)</sup> Vgl. hierzu B. P. Matiopoulos, *Soziale Frage und Sozialismus in Griechenland*, Bonn-Bad Godesberg 1974.

<sup>10)</sup> Vgl. ausführlich H.-J. Axt (Anm. 7).

<sup>11)</sup> Angaben des PASOK-Parteibüros gegenüber dem Verfasser.

die internen Willensbildungsprozesse in der PASOK auf eine breitere, partizipationsfreudigere Basis zu stellen.

In der PASOK hatten sich 1974 ganz unterschiedliche politische Kräfte zusammengefunden. Ehemalige Zentrumspolitiker und Anhänger der traditionellen Linken waren ebenso darunter wie Anhänger des nationalen Befreiungskampfes in der Dritten Welt und Sympathisanten der Papandreou-Familie. Heute lassen sich in der PASOK folgende Tendenzen — nicht Fraktionen, denn die sind verboten — ausmachen: die Sozialdemokraten, die Marxisten, die Dritte-Welt-Gruppen, die Anhänger der Selbstverwaltung (entsprechend dem jugoslawischen Modell) und die Anhänger von Papandreou. Vor allem in der Anfangsphase gab es viele Austritte aus der Partei und Ausschlußverfahren, die oftmals unter Umgehung der Parteistatuten durchgeführt wurden. Aufgrund wenig entwickelter Strukturen der internen Meinungs- und Willensbildung nehmen Auseinandersetzungen in der PASOK oftmals gleich grundsätzlichen Charakter an, die zu radikalen Lösungen — Austritt oder Ausschluß — führen.

Hierzulande hat sich in letzter Zeit angesichts mancher außenpolitischer Entscheidungen der PASOK-Regierung das Bild verdichtet, daß die PASOK von der eigenen linken Parteibasis oder aber auch von den Kommunisten abhängt, daß sie ihre Regierungspolitik also vor allem nach deren Wünschen ausrichtet. Diese Vorstellung ist aber falsch. Weit mehr als diese linken Kräfte haben nämlich die PASOK-Wähler die Regierungspolitik beeinflussen können. Wie bereits erwähnt, kam ein großer Teil der heutigen PASOK-Wähler von den früheren Parteien des Zentrums her. Die PASOK konnte 1981 überhaupt erst dadurch zur stärksten Partei werden, daß es ihr gelang, die ehemaligen Zentrumswähler überwiegend an sich zu binden. Das Zentrum, das 1964 sein bestes Wahlergebnis mit über 52 Prozent erreichen konnte, erzielte 1977 nur noch gut 20 Prozent. Und 1981 blieben lediglich noch 0,4 Prozent übrig. Die Zentrumswähler waren — z. T. nach einem kurzen Zwischenhalt bei der Neuen Demokratie — zur PASOK übergewechselt.

Wählerwanderungen lassen sich in Griechenland, wo die empirische Wahlforschung noch sehr unterentwickelt ist, an der Entwicklung von einzelnen Hochburgen der Parteien erkennen. Dies sind Gebiete, wo die Parteien — bedingt durch klientelistische Bindungen und

andere Faktoren der spezifischen politischen Kultur in Griechenland — über lange Zeit besonders gute und überdurchschnittliche Wahlergebnisse erzielen konnten<sup>12)</sup>. Für die PASOK läßt sich aufzeigen, daß sie weder in den Hochburgen der rechten noch der linken Parteien ihre überdurchschnittlichen Gewinne erzielen konnte, wohl aber in den Gebieten, wo die Zentrumsparteien früher traditionell besonders stark waren. Dies ist ein deutliches Zeichen für die Abwanderung der Wähler vom Zentrum zur PASOK.

Man kann davon ausgehen, daß die Zentrumswähler beim Übergang zur PASOK noch sehr stark von den Vorstellungen der bislang von ihnen bevorzugten Partei geprägt waren, daß sie also in dieser Richtung auch auf die PASOK einwirkten. Die politischen Präferenzen des Zentrums sind wie folgt zu kennzeichnen: positive Haltung gegenüber der NATO und der EG, Bindung an die USA, liberale marktwirtschaftliche Ordnungsvorstellungen, Eintreten für eine innenpolitische Liberalisierung und für Rechtsstaatlichkeit, republikanische Gesinnung und Ablehnung der (früheren) Monarchie. Mehr als die konservativen Parteien wollte das Zentrum allerdings der griechischen Außenpolitik eine gewisse Autonomie sichern und für die griechischen Produzenten stärkere Schutzmaßnahmen gegenüber der überlegenen Konkurrenz aus den EG-Ländern durchsetzen. Dies hing wiederum damit zusammen, daß die Zentrumswähler zum großen Teil den Mittelschichten entstammen<sup>13)</sup>. Man kann davon ausgehen, daß diese Schichten auch in der Wählerschaft der PASOK in starkem Maße repräsentiert sind. Daß die PASOK-Regierung Griechenland weder aus der NATO noch aus der EG herausgeführt und daß sie keine konsequente sozialistische Wirtschaftspolitik verfolgt hat, ist vor allem auf den Einfluß ihrer Wählerschaft zurückzuführen. Hätte sie es getan, hätte die PASOK große Teile ihrer Wähler und damit die Regierungsmacht verloren.

Der Verlust der Regierungsmacht hat die Neue Demokratie, die von 1974 bis 1981 in

<sup>12)</sup> Das Buch des früheren PASOK-Finanzministers M. G. Drettakis (Anm. 2) zeigt die Schwächen der Wahlforschung noch deutlich auf. An die Bestimmung der sozialen Basis der verschiedenen Parteien wagt sich der Autor erst gar nicht heran. Zur Wählerwanderung vgl. H.-J. Axt (Anm. 7).

<sup>13)</sup> Zum Zentrum vgl. Th. Veremis, *The Union of the Democratic Center*, in: H. W. Penniman (Anm. 3), S. 84—104. J. Meynaud, *Bericht über die Abschaffung der Demokratie in Griechenland*, Berlin 1961, S. 21ff.

Griechenland stärkste Partei war, schwer getroffen. Heftige innerparteiliche Auseinandersetzungen und persönliche Rivalitäten kennzeichneten das Bild der Partei; die Parteiführer wechselten: Als die Wahlniederlage bekannt wurde, mußte Georgios Rallis Platz für Evangelos Averoff machen. Dieser wiederum wurde 1984 von Konstantin Mitsotakis abgelöst. Mitsotakis kann es zwar in bezug auf seine persönliche Ausstrahlung mit Andreas Papandreou aufnehmen. Er hat sich jedoch auch heute noch mit dem Vorwurf auseinanderzusetzen, er habe Mitte der sechziger Jahre Georgios Papandreou und seine Regierung „verraten“, indem er sich vom regierenden Zentrum abwandte und es damit dem König erleichterte, die Zentrums-Regierung aus dem Amt zu entfernen und eine ihm genehme Regierung einzusetzen. Nach der erneuten Wahlniederlage von 1985 wird wieder darüber spekuliert, ob Mitsotakis als Parteiführer abgelöst werden soll. Auch eine Spaltung der Partei scheint nicht ausgeschlossen zu sein. Die Neue Demokratie wurde 1974 von dem aus seinem freiwilligen Pariser Exil zurückkehrenden Konstantin Karamanlis gegründet. Karamanlis war von 1956 bis 1963 Vorsitzender der „Nationalen Radikalen Union“ (ERE). Bevor Karamanlis 1980 in das Amt des Staatspräsidenten überwechselte, hatte er die Neue Demokratie eindeutig beherrscht und damit auch für die Einheit der Partei gesorgt.

Heute sind es vor allem persönliche Auseinandersetzungen und strukturelle Spannungen, die von der Partei bewältigt werden müssen. Zum einen geht der Streit in der Partei darüber, inwieweit man aus wahltaktischen Überlegungen heraus die Partei gegenüber rechtsextremen Kräften öffnen soll. Vor allem Averoff befürwortete eine solche Öffnung. Zum andern wirken auf die Partei unterschiedliche Einflüsse ein. Die einen wollen aus der Neuen Demokratie eher eine „neoliberale“, am amerikanischen und englischen Vorbild orientierte Partei machen, während andere das Modell der Volkspartei in etwa entsprechend dem deutschen Vorbild bevorzugen. Obwohl die Organisation der neuen Demokratie in den letzten Jahren verbessert wurde, ist sie dennoch nicht in allen Landesteilen präsent. Die Programmatik der Partei, von Karamanlis formuliert, beinhaltet ein Bekenntnis zur pluralistischen parlamentarischen Demokratie, befürwortet ein „mildes

politisches Klima“ und ist der Marktwirtschaft verpflichtet. Die Zugehörigkeit Griechenlands zur NATO und zur EG wird als besondere Notwendigkeit betrachtet. „Wir gehören zum Westen“ — das war der Wahlkampfslogan, mit dem die Partei gegen die PASOK in die Auseinandersetzung zog<sup>14</sup>).

Die Neue Demokratie, die 1974 mit der Parole „Wir oder die Panzer“ (gemeint waren die Obristen) die Wahlen mit absoluter Mehrheit gewinnen konnte, hat bei den beiden folgenden Wahlen viel von ihrer Ausstrahlungskraft verloren. Der Anspruch, einen Neuanfang in der griechischen Politik einzuleiten, stand mit der Regierungspolitik offensichtlich oftmals in Widerspruch, so daß sich die Wähler von der Neuen Demokratie abwandten. Von der Schwächung der Neuen Demokratie hat 1977 und 1981 das Zentrum nicht profitieren können. Es verlor seine Wähler an die PASOK. Aber auch die übrigen kleineren Parteien haben ihren Einfluß nicht ausdehnen können. Dies trifft auch für die „Partei des demokratischen Sozialismus“ (KODISO) zu, die als Abspaltung vom Zentrum entstanden war.

Massenhafter Zuspruch blieb der eurokommunistischen KKE-Inland ebenso verwehrt wie verschiedenen linkssozialistischen Gruppen. Zur Spaltung der Kommunistischen Partei kam es 1968, als sich die Differenzen zwischen dem Exil-Vorstand und im Land verbliebenen Kommunisten zuspitzten<sup>15</sup>). In der KKE haben die Diskussionen des Eurokommunismus mit der spezifischen Verbindung von Demokratie und Sozialismus nie eine Rolle gespielt. Betrachtet man die Entwicklung der Wahlanteile über einen längerfristigen Zeitraum, dann scheint der von der KKE erreichbare Wählerstamm begrenzt. Die KKE ist aufgrund einer langjährigen aktiven Arbeit ihrer Mitglieder in den Gewerkschaften gut repräsentiert. Dies hat auch die 1981 gewählte PASOK-Regierung zu spüren bekommen. Einige der Auseinandersetzungen zwischen ihr und den Gewerkschaften gingen nicht zuletzt auf die Intentionen kommunistischer Kräfte in den Gewerkschaften zurück.

<sup>14</sup>) Zur Programmatik der Neuen Demokratie vgl. Nea Dimokratia, Ideologikes Arches — Katastatiko, Athen o. J.; I. Katsoulis, Griechenland, in: J. Raschke (Hrsg.), Die politischen Parteien in Westeuropa, Reinbek 1978, S. 214—237.

<sup>15</sup>) Vgl. u. a. über die Spaltung A. Gravert, Die Position der Kommunistischen Partei Griechenlands (Inland), in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, (1976) 4, S. 175—178.

#### 1. Programmatische Ziele der PASOK-Regierung

Es waren radikale, von der PASOK seit 1974 erhobene Forderungen wie etwa der Austritt Griechenlands aus der NATO und der EG sowie die sofortige Entfernung der amerikanischen Militärbasen, welche Besorgnisse und Befürchtungen bei den Regierungen der westlichen Partner Griechenlands auslösten, als 1981 die PASOK die Regierung übernahm. Doch zu diesem Zeitpunkt hatte die PASOK bereits etliche der früher sehr weitgehenden programmatischen Forderungen zurückgenommen. Mit der radikalen Programmatik von früher hätte die PASOK angesichts ihrer Wählerschaft die Wahlen nicht gewinnen können.

Das Wahlprogramm und die Regierungserklärung von 1981 stellten folgende Forderungen und Ziele heraus: Über die weitere Mitgliedschaft Griechenlands in der Europäischen Gemeinschaft sollte eine Volksbefragung entscheiden<sup>16)</sup>. Solange Griechenland in der EG verbleibe, wollte man sich nicht scheuen, auch EG-Regeln zu durchbrechen, wenn vitale nationale Interessen auf dem Spiel stünden. Die PASOK bekannte sich zur aktiven Mitarbeit in den Organen der EG, um dort die griechischen Auffassungen nachhaltig zum Ausdruck zu bringen. Die ökonomischen Folgen der EG-Mitgliedschaft wurden im Vergleich zu früheren Stellungnahmen als weniger nachteilig geschildert. Die Forderung, alternativ zur EG einen Gemeinsamen Markt aller Mittelmeerländer aufzubauen, tauchte nicht mehr auf. Der Austritt aus der NATO wurde nicht nur in die fernere Zukunft verschoben, sondern vor allem auch an die Bedingung gebunden, daß sowohl NATO wie auch Warschauer Pakt aufzulösen seien. Einseitige griechische Schritte würden das internationale Kräfteverhältnis verändern und die Versorgung Griechenlands mit amerikani-

scher Militärhilfe gefährden — dies dürften die wichtigsten Motive für die geänderte Haltung der PASOK gewesen sein. Den amerikanischen Militärbasen in Griechenland wurde eine Übergangszeit zugesichert, bis sie endgültig entfernt werden müßten. Investitionen ausländischen Kapitals in Griechenland — früher von der PASOK mit Nachdruck abgelehnt — wurden nunmehr befürwortet. Einige Bedingungen, wie die produktive Verwendung und die Nutzung moderner Technologien, sollten allerdings eingehalten werden. In verschiedenen Wirtschaftssektoren sollten Unternehmen sozialisiert werden. Dabei wurde der Begriff der Sozialisierung allerdings so weitgehend gefaßt, daß schon die Einführung von Mitbestimmungsrechten als Sozialisierung interpretiert werden konnte.

Wird schon daran die Distanz der PASOK gegenüber traditionellen sozialistischen Prinzipien deutlich, so bestätigt sich dies auch im eigenen Selbstverständnis der Partei. Sie wollte nämlich keine „Arbeiter- und Bauernpartei“ sein, sondern das „gleichberechtigte Klassenbündnis aller Unterprivilegierten“ darstellen. In ihr sollte sich der „Durchschnittsgriechen“ vertreten sehen. Bauern, Arbeiter, Angestellte, Handwerker, Freiberufler, Kleinunternehmer, Jugendliche — sie alle sollen die soziale Basis der PASOK ausmachen. Das Streben der PASOK, die Mittelschichten anzusprechen und ihre Interessen zu berücksichtigen, wurde im Laufe der Zeit immer deutlicher erkennbar. Schließlich ist ja auch der überwiegende Teil der ehemaligen Zentrumswähler, die nunmehr zur PASOK kamen, diesen sozialen Schichten zuzurechnen.

#### 2. Innenpolitik

Der „große Wandel“ („Megali Allaghi“), den die PASOK während des Wahlkampfes von 1981 in Aussicht gestellt hatte, blieb in der Innenpolitik ebenso aus wie in der Wirtschafts- und Außenpolitik. Allerdings führte die neue Regierung durchaus relevante innenpolitische Veränderungen durch, die den Anspruch einer Demokratisierung und Liberalisierung der griechischen Gesellschaft verwirklichen sollten:

— 1983 fanden die ersten Gewerkschaftswahlen statt, die nicht mehr wie früher durch staatliche Einwirkungen beeinflusst waren.

<sup>16)</sup> Seit 1974 hat die PASOK die folgenden programmatischen Erklärungen vorgelegt, wobei zu berücksichtigen ist, daß bis heute ein Grundsatzprogramm fehlt: PASOK, 3rd. of September. Proclamations of basic Principles and Goals of the Panhellenic Socialist Movement, in: PASOK-International Relations Committee (Hrsg.), The Organization, Series A, Publication No. 1, Athen o. J. (1975), S. 3—11; dies., Katefthintiries grammes programmatos kivernitikis politikis tou PASOK, Athen 1977; dies., Diakirikis Kivernitikis Politikis, Athen 1981. Zur Analyse der programmatischen Entwicklung der PASOK vgl. im Detail: H.-J. Axt (Anm. 7), Abschnitt 7.

— Das bäuerliche Genossenschaftswesen wurde reformiert. Die internen Strukturen sollten demokratisiert und der Aufbau von Genossenschaften staatlich gefördert werden. Wie sich der bei diesem Projekt zum Vorschein gekommene Paternalismus der PASOK-Regierung — die Initiative der einzelnen Bauern war nur begrenzt gefragt — auswirken wird, bleibt abzuwarten.

— Noch im Dezember 1981 wurde das Wahlalter auf 18 Jahre herabgesetzt.

— Die Präfekten in den Bezirken (Nomoi) blieben zwar weiterhin ausführende Organe der Zentralregierung. Ihnen wurde jedoch ein Präfektur-Rat an die Seite gestellt, in dem auch Delegierte der lokalen Ebene vertreten sind. Die versprochene Dezentralisierung des bislang überzentralisierten Landes wurde damit zwar noch nicht verwirklicht, immerhin wurde aber damit begonnen.

— Im Frühjahr 1982 wurde die Zivilehe als gleichberechtigte Alternative zur kirchlichen Ehe etabliert. Früher galt nur der in Griechenland als verheiratet, der kirchlich getraut worden war. Aufgrund des heftigen Widerstandes von seiten der Kirche konnte die Regierung nicht die zivile Trauung als obligatorische Form der Eheschließung einführen. Ehemilligen steht es vielmehr frei, ob sie sich standesamtlich oder kirchlich trauen lassen. Die Kirche machte gegen die Zivilehe mobil. Die Folgen sind daran ablesbar, daß heute in Athen nur rund zehn Prozent und im übrigen Land lediglich rund fünf Prozent der Ehemilligen von der Möglichkeit einer standesamtlichen Trauung Gebrauch machen. Vor allem auf dem Lande und bei den Frauen hat der Widerstand der Kirche gegen die Zivilehe seine Wirkung nicht verfehlt<sup>17)</sup>.

— Seit Mai 1982 ist es den staatlich Beschäftigten untersagt, neben ihrem Beruf einer weiteren bezahlten Beschäftigung nachzugehen. Damit soll der in Griechenland verbreiteten Sitte, mehr als einen Beruf auszuüben, entgegengewirkt und die Verwaltung effektiviert werden. Der Erfolg derartiger Maßnahmen hängt allerdings davon ab, daß die Einkommen als befriedigend angesehen werden, was so lange in Frage gestellt ist, als das gravierende Problem der Inflation (s. u.) nicht gelöst ist.

<sup>17)</sup> Vgl. hierzu auch die Ausführungen über die Kirche und die „Neue Orthodoxie“ in Griechenland in: H.-J. Axt, Die Krise, die Soziologie und die neuen sozialen Bewegungen, in: R. Jokisch (Hrsg.), Krise der Soziologie — Soziologie der Krise (i. E.).

— Im Juli 1982 wurde ein neues Hochschulgesetz erlassen, dessen Ziele in der Leistungssteigerung und Demokratisierung des griechischen Universitätsbetriebes bestehen. Professoren leisteten gegen dieses Gesetz ebenso Widerstand, weil sie sich einer Kontrolle ihrer Tätigkeiten ausgesetzt sahen, wie Studenten und Assistenten, die einen erhöhten Leistungsdruck und eine Reglementierung beklagten.

— Seit 1982 wurde versucht, mit verschiedenen Maßnahmen der Luftverschmutzung in Athen Herr zu werden. Eine Zeitlang durften in der Athener Innenstadt keine privaten Kraftfahrzeuge mehr verkehren. Betriebe mußten in den Sommermonaten die Produktion einstellen. (Bei der letzten Regierungs-umbildung mußte gleichwohl der Umweltminister seinen Posten zur Verfügung stellen.)

— Der Fernsehsender YENED unterliegt seit dem Sommer 1982 nicht mehr der Kontrolle durch die Militärs. Er fungiert als unabhängiger Sender unter der Aufsicht des Presseministeriums, womit die Regierung einer seit 1977 bestehenden gesetzlichen Verpflichtung nachkam.

— Die soziale Sicherung der Bauern wurde verbessert, vor allem ihre Alterssicherung.

— Gegen den Widerstand der Abgeordneten von der Neuen Demokratie wurde mit den Stimmen der PASOK und der Kommunisten ein „Gesetz zur Anerkennung des Widerstands des griechischen Volkes gegen die Besatzungstruppen 1941 bis 1944“ beschlossen. Die Opposition von der Neuen Demokratie sah darin ein Gesetz, das nur den Kommunisten nütze. Auf ca. 800 Millionen Drachmen werden die Kosten geschätzt, die der Staat für Pensionen der ehemaligen Widerstandskämpfer aufzubringen hat<sup>18)</sup>.

— Ende Oktober 1982 schaffte die PASOK-Regierung das bislang bei Wahlen geltende „Präferenzkreuz“ ab, womit die Wähler auf der Liste der von ihnen gewählten Partei einem bestimmten Politiker zusätzlich noch erhöhte Wahlchancen mit diesem Kreuz eröffnen konnten. Jetzt werden die Kandidaten in der Reihenfolge, wie sie auf den Wahllisten stehen, berücksichtigt. Die Reihenfolge wiederum legt die Partei, d. h. der jeweilige Parteiführer fest. Durch diese Gesetzesänderung wurde also zunächst einmal deren Einfluß gestärkt.

<sup>18)</sup> Vor 1982 waren nur nichtkommunistische Widerstandsgruppen anerkannt. Vgl. Athens News, 19. und 20. 8. 1982.

### 3. Wirtschaftspolitik und wirtschaftliche Entwicklung

Als die PASOK-Regierung 1981 ihre Amtsgeschäfte aufnahm, war die wirtschaftliche Situation durch folgende Entwicklung gekennzeichnet: Seit 1979 war die griechische Wirtschaft in eine kritische Phase geraten. Die Wachstumsraten wurden geringer, um 1981 schließlich negativ zu werden. Die Bruttoanlageinvestitionen fielen 1980 um 8,7 und 1981 um 10,1 Prozent. Die Privatinvestitionen waren besonders stark gefallen, 1980 um 10,7 und 1981 um 13,2 Prozent. Diese krisenhafte Entwicklung ging einher mit hohen Inflationsraten. Der Konsumgüterpreisindex stieg von 11,1 Prozent im Jahr 1978 auf 28,8 Prozent 1980 und 26,1 Prozent 1981. Die griechische Inflationsentwicklung gehörte damit zu den höchsten in Westeuropa. Dies wiederum deu-

tet darauf hin, daß auch die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft nachgelassen hatte. Die Arbeitslosigkeit, die früher u. a. wegen der Auswanderung kein Problem darstellte, wuchs von 3 Prozent 1975 auf 5,5 Prozent 1981. Wie den Daten der folgenden Tabelle zu entnehmen ist, hat sich der konjunkturelle Niedergang verlangsamt, so daß die griechische Wirtschaft Ende 1982 eher in Stagnation verharnte. Ab der zweiten Hälfte des Jahres 1983 werden erste Anzeichen einer konjunkturellen Belebung erkennbar. Die Industrieproduktion und das Bruttoinlandsprodukt stiegen leicht an, während die Inflationsrate auf dem alten Stand verharnte und die Lage auf dem Arbeitsmarkt sich weiter verschlechterte<sup>19)</sup>.

<sup>19)</sup> Vgl. S. Papadopoulos, Griechenland, in: ifo-schnelldienst, 16/1984, S. 26—30.

Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung Griechenlands von 1980 bis 1982<sup>20)</sup>

Position	1980	1981	1982	Einheit
Bruttosozialprodukt				
— zu Marktpreisen	1 767,2	2 103,6	2 621,3	Milliarden Drachmen
— zu Preisen von 1970	483,4	479,7	477,6	dto.
Bruttoinlandsprodukt				
— zu Marktpreisen	1 710,1	2 043,2	2 652,6	dto.
— zu Preisen von 1970	473,0	471,1	471,1	dto.
Bruttoanlageinvestitionen zu Marktpreisen	400,3	426,0	475,7	dto.
— private	304,5	306,0	326,7	dto.
— öffentliche	95,8	120,0	149,0	dto.
Bruttoanlageinvestitionen zu Preisen von 1970	89,7	80,7	78,6	dto.
— private	67,5	58,6	55,4	dto.
— öffentliche	22,2	22,1	23,2	dto.
Inflationsrate	24,9	24,5	21,0	Prozent
Arbeitslosenrate				
— nach nationalen Angaben	4,5	5,5	7,5	Prozent
— nach OECD-Angaben	2,8	4,0	5,7	dto.
(davon in Städten)	(2,8)	(5,5)	(7,2)	dto.
Industrieproduktions-Index	97,7	97,1	95,6	1970 = 100
Lohnkosten in der verarbeitenden Industrie				
— in Griechenland	+ 25,9	+ 26,6	+ 31,6	Prozent (auf der Basis des Index für 1970 = 100)
— bei bilateralen Partnern	+ 10,8	+ 8,9	+ 6,0	

Die wenigen wirtschaftlichen Kenndaten verweisen bereits darauf, daß es der PASOK-Regierung nicht gelungen ist, innerhalb kurzer Zeit eine wirtschaftliche Belebung einzuleiten, die sie vor allem von ihrer Einkommenspolitik erhofft hatte. Die Wirtschaftspolitik seit 1981 wies zwei deutlich unterscheidbare Phasen auf: In der ersten Phase, die bis zum Jahresende 1982 reichte, orientierte sich die Regierung an einer keynesianischen Politik; die eine Revitalisierung der Wirtschaftstätigkeit durch die Steigerung der Massenkaukraft zustande bringen wollte. Zweck der von der PASOK-Regierung eingeführten Einkommenspolitik war es, die Einkommen automatisch an die inflationäre Entwicklung anzupassen, um die inflationär bedingten Verluste bei den Realeinkommen auszugleichen. Zusätzlich zu dieser „Automatischen Anpassung der Einkommen“ (ATA) wurde 1982 ein Korrekturbetrag gewährt, der die Einkommensverluste der letzten Jahre ausgleichen sollte. Diese Maßnahmen galten für den öffentlichen Dienst. Weil sich die Privatwirtschaft in ihrer Tarifpolitik aber am öffentlichen Dienst orientiert, kam auch hier den Beschäftigten die Einkommenspolitik zugute.

Entgegen der Erwartungen der Regierung stellte sich jedoch kein rascher Wirtschaftsaufschwung ein. Die Gründe sind vor allem darin zu sehen, daß die Einkommenspolitik zumindest z. T. zur Erhöhung der Importe geführt hat, weil Einkommenszuwächse für importierte Waren verausgabt wurden; daß die sich aus der EG-Mitgliedschaft ergebenden Pflichten die Möglichkeiten für eine autonome außenwirtschaftliche Absicherung einschränkten; daß das griechische Nachfrage-management international isoliert war, denn andere Regierungen bevorzugten eine mehr angebotsorientierte Wirtschaftspolitik; daß die Einkommenserhöhungen keine Produktivitätssteigerungen ausgelöst und mithin die internationale Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands verschlechtert hatten; daß schließlich die realen Nachfrage-Effekte der Einkommenspolitik doch recht gering blieben<sup>21)</sup>.

<sup>20)</sup> Eigene Zusammenstellung auf der Basis folgender Quellen:

— IWF-Bericht für Griechenland, in: *Greece's Weekly for Business and Finance*, 16. 4. und 23. 4. 1983.

— B. A. Coronakis (Ed.), *Briefing Documents Greece*, Athen 1983, Dokumente 03.01 und 03.04.

— *Greece's Weekly for Business and Finance*, 10. 12. 1983, S. 5.

— OECD, *Economic Surveys, Greece*, Paris 1983.

<sup>21)</sup> Der Autor hat die Wirtschaftsentwicklung eingehend untersucht in: *Post-Keynesianismus* — Zum

Eine gewisse Rolle dürfte auch das lange Zeit ungeklärte Verhältnis der neuen Regierung zu den Unternehmern gespielt haben. So wurden Maßnahmen als Sozialisierungen angekündigt, die dies in Wirklichkeit gar nicht waren, deren Ankündigung jedoch die Unternehmer verunsicherte. Auch dürfte die Erwartungshaltung der neuen Regierung übersteigert gewesen sein — man erhoffte Verbesserungen in allzu schnellem Tempo.

Bereits Ende 1982 vollzog die PASOK-Regierung einen drastischen Kurswechsel in ihrer Wirtschaftspolitik. Die Einkommenspolitik wurde eingefroren und für den privaten Sektor ein faktischer Lohnstopp verordnet. Damit der Privatsektor nicht ausscherte, wurde ein Gesetz verabschiedet, das die Unternehmen verpflichtet, sich an die Einkommensleitlinien zu halten. Andernfalls mußten sie die Lohnkosten voll als Gewinne versteuern. Ab 1984 werden zwar wieder die Einkommen an die Inflationsentwicklung angepaßt, die Regierung erwartet davon aber nicht mehr eine durchgreifende Aktivierung der Wirtschaftstätigkeit.

Ähnlich wie in der Einkommenspolitik vollzog die Regierung auch in der Arbeitsgesetzgebung einen Wandel. Hatte sie selbst noch im Juni 1982 ein Gesetz verabschiedet, mit dem die Rechte der Arbeitnehmer erweitert wurden, so schränkte sie später einen Teil dieser Rechte wieder ein. Auf Proteste der Unternehmer hin wurde so auch das Recht auf politische Streiks wieder aus dem Gesetz genommen. Das Verbot der Aussperrung wurde jedoch beibehalten. Mit einem Gesetz von 1983 wurde die „Sozialisierung der Unternehmen im öffentlichen Sektor“ propagiert. Der Artikel 4 dieses Gesetzes enthält jedoch Bestimmungen, die geeignet sind, das Gesetz eher als Präventivmaßnahme gegen Streiks zu bezeichnen. Die Bedingungen für die Ausrufung eines Streiks wurden heraufgeschraubt, so daß Streiks weniger rasch ausgerufen werden können<sup>22)</sup>. Mit dem Gesetz über die „Aufsichts- und Beratungsräte“ wurden allerdings die Informations- und Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten ausgeweitet. Die ursprüngliche Absicht, sie auch an der Kontrolle der Unternehmenspolitik teilhaben zu lassen, wurde bezeichnenderweise fallengelassen.

Scheitern verurteilt? Erfahrungen mit der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik der sozialistischen Regierung in Griechenland seit 1981, Ms., 66 S. (noch nicht veröffentlicht).

<sup>22)</sup> Vgl. *Der Spiegel*, Nr. 27, 4. 7. 1983, S. 111f.



Eine Sozialisierung von Unternehmen hat in Griechenland bislang nicht stattgefunden; das entsprechende Wahlversprechen wurde also nicht erfüllt. Dagegen kam es zu einer massiven „Nationalisierung von Verlusten“, indem der Staat Unternehmen übernahm, die ihre Schulden nicht mehr begleichen konnten. Der Staat kam für die Schulden auf und erhielt dafür Aktienanteile, so daß er Mehrheitsaktionär wurde. Es wurde eigens eine Organisation geschaffen, die zu prüfen hat, ob Unternehmen geschlossen werden müssen oder mit staatlicher Unterstützung so saniert werden können, daß sie in privatwirtschaftliche Regie übergehen können.

#### 4. Außenpolitik

Das meiste Aufsehen hat die Außenpolitik der PASOK-Regierung erregt, und dies, obwohl die Regierung auch hier keinen radikalen Wandel eingeleitet hat. Das Land wurde weder aus der NATO noch aus der EG herausgelöst, was freilich auch kaum zu erwarten war. Im Rahmen der weiteren Zugehörigkeit Griechenlands zum westlichen Bündnisystem sind dennoch von der griechischen Regierung einige Entscheidungen getroffen worden, die von den übrigen westlichen Ländern heftig kritisiert wurden. Innerhalb der NATO bemühte sich die Regierung Papandreou um Unterstützung für die griechische Position und für das Streben nach einer Grenzgarantie gegenüber der Türkei. Weil sich die übrigen NATO-Länder diesem Ansinnen gegenüber sperrten, weigerte sich die griechische Regierung im Dezember 1982, das Schlußkommuniqué der NATO-Ratstagung zu unterzeichnen — ein in der Geschichte der NATO einmaliger Fall. Später nahmen griechische Verbände nicht mehr an solchen NATO-Manövern teil, bei denen der griechische Standpunkt bezüglich des Ägäis-Konflikts nicht berücksichtigt wurde. Die griechische Regierung widersetzte sich von Anfang an der NATO-Nachrüstung. Griechische Vertreter votierten regelmäßig gegen die Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen.

Als erstes NATO- und EG-Land hat Griechenland im Dezember 1981 die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) diplomatisch anerkannt. Dieser Schritt verdeutlicht, daß sich die neue griechische Regierung zum europäischen Sprecher für arabisch-palästinensische Standpunkte machen wollte. Die traditionell guten Beziehungen zwischen Griechenland und den meisten arabischen

Ländern sollten dabei genutzt werden. Nach der Besetzung des Libanon durch Israel hat sich die Regierung Papandreou allerdings nicht im EG-Rat mit der Forderung nach Sanktionen gegen Israel durchsetzen können.

Die griechische Regierung bemühte sich darum, die Nachbarstaaten auf dem Balkan für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone auf dem Balkan zu gewinnen. Das Unterfangen gestaltete sich indessen schwierig. In Griechenland wären zwar die Voraussetzungen gar nicht so ungünstig, weil die NATO selbst die dort vorhandenen Nuklearwaffen als überaltet betrachtet und deshalb abziehen will. Schwierigkeiten gab es aber vor allem mit der Türkei, die dem Vorhaben skeptisch bis ablehnend gegenübersteht, wohl vor allem, um die übrigen NATO-Partner nicht zu verärgern. Die von Griechenland initiierten „Balkan-Konferenzen“ sind deshalb wenig vorangekommen.

Mit großer Aufmerksamkeit sind die Verhandlungen mit der amerikanischen Regierung über die US-Militärbasen in Griechenland verfolgt worden. Während der Verhandlungen scheint die griechische Regierung vor allem darauf gedrängt zu haben, daß als Gegenleistung für die weitere Existenz der US-Basen die USA eine ausreichende Militärhilfe gewährleisten. Die Verteilung der US-Militärhilfe an die Türkei und an Griechenland sollte nach dem Schlüssel von 10 zu 7 festgeschrieben werden. Dies sollte dann auch die faktische Grenzgarantie gegenüber der Türkei für Griechenland bedeuten. Es entstand der Eindruck eines Tauschgeschäftes, bei dem Basen gegen Militärhilfe getauscht wurden. Die den USA entgegenkommende Haltung der griechischen Regierung führte zu Konflikten in der PASOK. Ein bereits ausgehandelter Vertragsentwurf mußte aufgrund des Widerspruchs führender Parteivertreter zurückgenommen werden; im Juni 1983 wurde dann das neue Abkommen paraphiert. Es sieht vor, daß die Basen weitere fünf Jahre in Griechenland verbleiben. Ob die Basen dann tatsächlich geräumt werden müssen, liegt an der Entscheidung der dann im Amt befindlichen Regierung. Die USA verpflichteten sich generell zur Weiterführung der Militärhilfe, sperrten sich aber konsequent und erfolgreich dagegen, daß ein bestimmter Verteilungsschlüssel festgeschrieben wurde. In außerordentlichen Notfällen hat die griechische Regierung das Recht zur Kündigung des Vertrags. Dieser Notfall ist allerdings nicht genauer definiert.

## IV. Griechenland und die Europäische Gemeinschaft

### 1. Erste Auswirkungen der EG-Mitgliedschaft

In der wissenschaftlich-politischen Diskussion über die Folgen des EG-Beitritts für Griechenland haben sich zwei Richtungen herausgebildet: Eine erste Gruppe erwartet vom Beitritt durchgreifende Modernisierungseffekte für die griechische Volkswirtschaft. Der verstärkte Wettbewerbsdruck soll die griechischen Unternehmen zu Rationalisierung, Produktivitätssteigerung und Modernisierung zwingen. Eine zweite Gruppe befürchtet eben diesen erhöhten Konkurrenzdruck und seine Wirkungen auf die wenig wettbewerbsfähigen Klein- und Mittelbetriebe in Griechenland. Während Griechenland seine Exporte in die EG-Länder kaum werde ausdehnen können, sei mit erhöhten EG-Importen nach Griechenland zu rechnen; Betriebe müßten schließen, Arbeitsplätze würden abgebaut<sup>23)</sup>. Die noch relativ kurze Zeit der griechischen EG-Mitgliedschaft läßt hier keine abschließenden Urteile zu; folgendes läßt sich gleichwohl bereits heute erkennen: Das erste Jahr der griechischen EG-Mitgliedschaft hat die skeptischen Erwartungen fast noch übertroffen. Zum ersten Mal seit zwanzig Jahren führte Griechenland aus der EG mehr Agrargüter ein, als es exportierte. Die griechischen Agrarexporte in die EG stie-

gen 1981 gegenüber dem Vorjahr um 26 Prozent, die Importe aus der EG dagegen um 139 Prozent. Der Export verarbeiteter Waren in die EG sank um 24 Prozent, während die entsprechenden Importe aus der EG um 27 Prozent stiegen. Griechenland erhielt zwar Netto-Finanzhilfen von der EG in Höhe von 9,1 Milliarden Drachmen. Dieser Betrag erreichte jedoch lediglich die Hälfte jener Summe, die Griechenland für vermehrte Importe aus der EG ausgeben mußte<sup>24)</sup>. Was eine gesonderte Betrachtung des ersten Jahres der EG-Mitgliedschaft sinnvoll und notwendig macht, ist die Tatsache, daß die wirtschaftliche Entwicklung von damals gleichsam den Hintergrund für die griechischen Forderungen an die EG, so wie sie im griechischen Memorandum zum Ausdruck kamen (s. u.), ausmachte.

Daß die griechischen Exporte in die EG 1981 um 17 Prozent zurückgegangen sind, dürfte in erster Linie die Folge des Konjunkturabschwungs in Griechenland sein. Unter diesen Umständen muß der gleichzeitige Anstieg der Importe aus der EG aufmerken lassen. Hier haben sich offensichtlich die Marktchancen der EG-Unternehmen verbessert. Die Importe aus der EG haben allerdings nach 1981 nachgelassen. Bei den Exporten zeigt sich eine Verlagerung in die EG-Länder, während Exporte in Drittländer abnahmen:

Entwicklung des Außenhandels zwischen Griechenland und der EG sowie den Drittländern von 1980 bis 1983 (in Prozent)<sup>25)</sup>

Exporte	in EG-Länder	in Drittländer
1980	+ 28 %	+ 50 %
1981	- 17 %	+ 5 %
1982	+ 38 %	- 2 %
1983 <sup>a)</sup>	+ 1 %	- 6 %
Importe		
1980	- 2 %	+ 17 %
1981	+ 5 %	- 11 %
1982	- 2 %	+ 2 %
1983 <sup>a)</sup>	- 6 %	- 16 %

a) Januar bis Oktober 1983 im Vergleich mit dem gleichen Vorjahreszeitraum

<sup>23)</sup> Die wissenschaftliche Kontroverse um den griechischen EG-Beitritt ist vom Verfasser dargestellt und kommentiert worden in: H.-J. Axt, Die Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft: Priorität für marktwirtschaftliche Freihandelslösungen oder entwicklungspolitische Intentionen?, in: Neue Politische Literatur, (1981) 4, S. 474—505.

<sup>24)</sup> Nach Unterlagen, die dem Verfasser vom griechischen Agrarministerium überlassen wurden.

<sup>25)</sup> Quelle: I Ellada stin Europaiki Koinotita. Ta Protia Tria Chronia (hrsg. vom EG-Büro in Athen), Athen, April 1984, S. 7.

Das Bild des Handelsaustauschs zwischen Griechenland und der EG nach 1981 stellt sich für Griechenland negativer dar, wenn man lediglich den Handel mit Agrargütern berücksichtigt. Die Importe aus der EG wuchsen von 1979 bis 1982 um das vierfache, die griechischen Exporte in die EG dagegen lediglich um das 1,7fache. Als Folge steigender Agrarimporte aus der EG mußte Griechenland in der Agrarhandelsbilanz erhebliche Defizite hinnehmen. Mit 152 Mill. ECU 1979 und 128 Mill. ECU 1980 konnte Griechenland vor dem EG-Beitritt noch erhebliche Überschüsse erwirtschaften. Doch 1981 wandelte sich das Bild; Griechenland hatte nunmehr

ein Defizit von 157 Mill. ECU zu verzeichnen, das sich 1982 auf 287 Mill. ECU steigerte. In den ersten zehn Monaten des Jahres 1983 erreichte das Defizit 159 Mill. ECU.

Nach dem EG-Beitritt haben sich allerdings die finanziellen Zuweisungen von der EG an Griechenland erheblich vermehrt. Die wichtigsten Transfers sind der folgenden Tabelle zu entnehmen. Nachteilige Entwicklungen im Handel mit der EG und zunehmende finanzielle Leistungen der Gemeinschaft — beides zusammen erklärt die Motivation, mit der seit 1981 in Griechenland auch die EG-Politik betrieben wird:

**Finanzielle Leistungen der EG an Griechenland <sup>26)</sup>**

	1981	1982	1983
Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft — in Millionen Drachmen —	8 985	45 505	76 795
Europäischer Regionalfonds — in Millionen Drachmen —	15 320	14 080	15 760
Europäischer Sozialfonds — in Millionen ECU —	30,57	60,46	120,80

## 2. Griechische EG-Politik seit 1981

In ihrem im März 1982 der EG übersandten „Memorandum“ äußerte die griechische Regierung den Wunsch nach vermehrten Schutzmaßnahmen, nach der zeitweisen Aussetzung bestimmter EG-Wettbewerbsregeln und nach erhöhten Zuwendungen von der EG<sup>27)</sup>. In ihrer Antwort reagierte die EG-Kommission entgegenkommend und verwies darauf, daß vor allem mit den „Integrierten Mittelmeerprogrammen“ der Gemeinschaft den griechischen Wünschen entsprochen werden könne. Mit diesen Programmen sollten Griechenlands Entwicklungsrückstand abgebaut, die besonderen Belastungen der EG-Mitgliedschaft gemindert und zusätzliche Lasten verringert werden, die sich aus dem Beitritt Spaniens und Portugals zur EG erge-

ben. Revisionen der Wettbewerbsregeln waren fortan nicht mehr in der Diskussion zwischen der EG und Griechenland. Lange Zeit hatte sich der EG-Rat nicht auf die Verabschiedung der Mittelmeerprogramme, die erstmals 1983 von der EG-Kommission in konzeptioneller Form vorgelegt worden waren, einigen können. Die griechische Regierung, die ihre Hoffnungen auf EG-Hilfen immer mehr schwinden sah und die sich unter zunehmenden innenpolitischen Druck gesetzt fühlte — hatte sie doch schließlich die energische Wahrung nationaler Interessen gegenüber der EG versprochen —, sah deshalb im Dezember 1984 keinen Ausweg mehr, als aus taktischen Gründen ein Veto gegen weitere Beitrittsverhandlungen der EG mit Spanien und Portugal einzulegen. Damit sollten die übrigen EG-Länder zur beschleunigten Beschlußfassung über die Mittelmeerprogramme gedrängt werden. Im März 1985 verabschiedete der EG-Rat schließlich ein Mittelmeerprogramm, das Griechenland für einen Zeitraum von sieben Jahren rund 4,5 Milliarden DM zugesteht. (Griechenland ließ daraufhin seinen Vorbehalt gegen die Erweite-

<sup>26)</sup> Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Anm. 25, S. 15, 25, 33.

<sup>27)</sup> Vgl. Griechisches Memorandum, Standpunkte der griechischen Regierung betreffend die Beziehungen Griechenlands mit den Europäischen Gemeinschaften, in: Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, (1982) 3, S. 100—104.

rung fallen.) Die im Programm vorgesehene Summe war zwar geringer, als ursprünglich von der EG-Kommission in Aussicht gestellt; die PASOK-Regierung bezeichnete gleichwohl den Beschluß als diplomatischen Erfolg der griechischen Seite. Das Mittelmeerprogramm kann mithin als der Preis betrachtet werden, für den die PASOK-Regierung ihre EG-Vorbehalte aufgab.

Die Politik der PASOK-Regierung gegenüber der EG konnte eigentlich nur denjenigen überraschen, der tatsächlich davon ausgegangen war, daß die sozialistische Regierung die EG-Mitgliedschaft in einer Volksbefragung zur Disposition stellen werde. Daß dies nicht geschah, liegt nicht nur daran, daß der Staatspräsident über die Abhaltung eines Referendums zu entscheiden hat. Karamanlis dürfte sich als überzeugter EG-Anhänger dagegen mit allen Mitteln gewehrt haben. Der letztlich entscheidende Grund für die Haltung der PASOK-Regierung dürfte vielmehr darin gelegen haben, daß die PASOK ihren Wählern einen EG-Austritt kaum hätte zumuten können. Dies trifft zumindest für die ehemaligen Zentrumswähler zu. Daß die PASOK-Regierung dennoch nicht zu einem problemlosen

Partner in der EG wurde, liegt wiederum daran, daß sie auch auf ihre linken Wähler und Parteimitglieder Rücksicht nehmen mußte. So kam es, daß die griechische Seite im August 1983 den Vorschlag machte, die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen durch die NATO in Europa um sechs Monate auszusetzen, um einen positiven Verhandlungsabschluß in Genf zu ermöglichen. Dieser Vorschlag traf ebenso auf den Unmut der übrigen EG-Regierungen<sup>28)</sup> wie die Weigerung des griechischen Außenministers, beim Treffen der EG-Außenminister in Athen im September 1983 den Abschluß des südkoreanischen Verkehrsflugzeugs durch sowjetische Militärflugzeuge gemeinsam zu verurteilen. Schon zuvor hatte sich die griechische Regierung geweigert, sich an den gegenüber der Sowjetunion eingeführten Wirtschaftssanktionen wegen der Einführung des Kriegsrechts in Polen zu beteiligen. Andererseits kann nicht übersehen werden, daß Griechenland die meisten Entscheidungen in der „Europäischen Politischen Zusammenarbeit“ (EPZ) der EG-Länder mitgetragen hat, darunter so wichtige wie die zum Falkland-Konflikt oder zur sowjetischen Intervention in Afghanistan<sup>29)</sup>.

## V. Schlußbemerkung

Eine kurze Schlußbemerkung hat auf vier wesentliche Entwicklungen aufmerksam zu machen, die seit 1981 die Lage in Griechenland bestimmt haben.

Erstens ist es gewiß: Griechenland bleibt in der Europäischen Gemeinschaft. Dies ist Teil jener Anpassung, die die PASOK in den letzten Jahren vollzogen hat. Die seit 1981 amtierende Regierung verzichtete aber keineswegs darauf, eine Sonderrolle in der EG zu spielen, in vielen wichtigen außenpolitischen Fragen von der Haltung der Regierungen der übrigen EG-Länder abzuweichen und nationale Interessen massiv zu vertreten. Die griechische Regierung blieb also ein schwieriger Partner.

Zweitens hat die Wahl von 1981 eine nicht nur kurzfristige Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse ins Bewußtsein gebracht. Eine ehemals wichtige politische Kraft wie das Zentrum ist bedeutungslos geworden. Dafür hat die PASOK einen rasanten Aufstieg hinter sich. Heute haben nur noch sie und die Neue Demokratie Chancen, Regierungsmehrheiten zu erringen, wobei die Kommunisten

die Rolle eines „Züngleins an der Waage“ spielen können. Die Wahlen von 1985 haben gleichwohl der PASOK wieder die Alleinherrschaft ermöglicht.

Drittens hat die 1981 an die Regierung gelangte PASOK nicht den „großen Wandel“ gebracht. Daß dies so war, lag weniger an äußeren Umständen, als vielmehr an der PASOK selbst, insbesondere an ihren Wählern.

Viertens haben sich in letzter Zeit die Anzeichen dafür verdichtet, daß sich die politischen Auseinandersetzungen in Griechenland in einer Weise zuspitzen könnten, die wenig Gutes für die Zukunft verheißt. Als 1984 Konstantin Mitsotakis zum Vorsitzenden der Neuen Demokratie gewählt und diese Wahl

<sup>28)</sup> Bundesaußenminister Genscher kritisierte die griechische Regierung und beschuldigte sie, die Position des Westens „aushebeln“ zu wollen. Vgl. Frankfurter Rundschau, 15. 9. 1983.

<sup>29)</sup> Vgl. R. Bourguignon-Wittke/M. Mathiopoulos, Griechenland vor der EPZ-Präsidentschaft: Zwischen Anpassung und Sonderrolle, in: Integration, (1983) 6, S. 106—120.

aufgrund der persönlichen Vergangenheit von Mitsotakis von Papandreou scharf kritisiert wurde, war wieder so etwas wie der „Geist der sechziger Jahre“ spürbar. Eine Ahnung befahl das Land, daß sich Ähnliches wie Mitte der sechziger Jahre wiederholen könnte — trotz des nach 1974 unzweifelhaft

vertieften Konsenses zwischen den relevanten politischen Kräften. Zur Polarisierung hat auch die Wahl des neuen Staatspräsidenten Sartzetakis beigetragen. Es wird an der Haltung aller Beteiligten liegen, damit diese ersten Anzeichen nicht das gesamte politische Leben Griechenlands durchdringen können.

## **Wolf Oschlies: Bulgariens Kurs in den achtziger Jahren. Die „Preußen des Balkans“: pragmatisch, selbstbewußt, effizient**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/85, S. 3—20

Europas unbekanntestes und verkanntestes Land, Bulgarien, vorzustellen — und das im Gegensatz zu der Fülle von Negativklischees über Land und Leute zu tun —, das ist die Absicht des vorliegenden Beitrags: Von Ost und West gleichermaßen übersehen, hat Bulgarien in den letzten zwanzig Jahren eine Vielzahl origineller Ansätze hervorgebracht und interessante Entwicklungen zurückgelegt, die sich zu einem genuin bulgarischen „Joghurt-Kommunismus“ integrieren.

Patriarchalisch geführt und pragmatisch orientiert, hat die bulgarische Gesellschaft ein politisch ruhiges Klima erzeugt, das auf den Säulen der Liberalität „von oben“ und der Loyalität „von unten“ basiert und Freiräume für Aktivitäten der vielfältigsten Art eröffnet. Die daraus resultierende Kreativität benötigt Bulgarien, wenn es seine gegenwärtigen und künftigen Probleme — rückläufige Geburtenziffern, Landflucht, hohe Scheidungsraten, auslaufende extensive Wirtschaftsentwicklung, Landschafts- und Umweltschädigungen etc. — mit Aussicht auf erfolgreiche Lösungen in den Griff bekommen will.

Neuere Reformen in der Landwirtschaft (1973) und Ökonomie (1981/82) scheinen nach der Devise konzipiert: „Sozialistisch in der Form — bulgarisch im Inhalt“. Rückgriffe auf bewährte Traditionsformen — Großfamilienwirtschaft, budgetär-administrative Autonomie für Staatsfirmen — haben Bulgariens Binnenmarkt von den chronischen Versorgungsengpässen in Osteuropa befreit und seine außenwirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit gefördert.

Als „das klassische Land der Slawenheit“ ist Bulgarien bemüht, in seiner Bildungs- und Kulturpolitik Umsicht und Konfliktvermeidung zu praktizieren. Bulgarische Schulreformen heben sich positiv aus osteuropäischen Pendanten heraus, und die bulgarische Kultur hat sich in den siebziger Jahren so erfolgreich national profiliert, daß sie zum Hauptförderer innerer Kohäsion wurde.

Damit nicht Schritt halten konnte Bulgariens Außenpolitik, die einerseits durch das sowjetische Postulat nach lediglich bilateralen Balkanaktivitäten, andererseits durch bulgarische Irrationalismen (wie sie sich z. B. in der Negation der nationalen und kulturellen Autonomie der Mazedonier zeigen) beeinträchtigt ist. Dennoch ist Bulgariens Bemühen unverkennbar, das latente balkanische Gemeinschaftsgefühl zu reaktivieren, wofür es in Ermangelung sowjetischer Besatzungsgruppen und sowjetischer Raketen einige wichtige Voraussetzungen mitbringt.

## **Heinz-Jürgen Axt: Wandel und Kontinuität in Griechenland. Zur wirtschaftlichen und politischen Entwicklung seit 1981**

Aus Politik und Zeitgeschichte B 26/85, S. 21—37

Die Parlamentswahlen vom Juni 1985 haben erneut deutlich werden lassen, daß sich Griechenland in einem tiefgreifenden politischen Wandlungsprozeß befindet. Nach der Überwindung der Militärjunta stellte sich 1974 zwar ein Neuanfang ein, als das politische Leben liberalisiert wurde und die Opposition sich ungehemmter entfalten konnte. Vielen Griechen schien jedoch dieser Neuanfang nicht weitgehend genug. So kam es 1981 zum Regierungswechsel. Mit der „Panhellenischen Sozialistischen Bewegung“ (PASOK) übernahm eine Partei die Regierung, die erst 1974 gegründet worden war. Ihr Erfolg knüpft gleichwohl an den Mitte der sechziger Jahre besonders nachhaltig zum Ausdruck gekommenen Wunsch nach gesellschaftspolitischer Erneuerung an. Der rasche Aufstieg der PASOK deutet auf die besondere Dynamik der politisch-gesellschaftlichen Veränderung in Griechenland hin. Dabei konnte die PASOK nur so erfolgreich sein, weil sie als relativ „moderne“ Partei gerade an wichtige Traditionen der politischen Kultur in Griechenland anknüpfte. Mit dem gesellschaftlichen Wandel ist allerdings auch die allmähliche Auflösung des alten Klientelsystems in der Politik verbunden. Es entsteht eine Art Partei-Klientelismus. Ohne die zur politischen Mitte tendierenden ehemaligen Wähler der Zentrumsparteien hätte sich die PASOK niemals so erfolgreich entwickeln können. Dies erweist sich für die PASOK heute insofern als folgenschwer, als mit den ehemaligen Zentrumswählern eine radikale sozialistische Politik nicht zu verwirklichen ist. Dies erklärt schon weitgehend die Diskrepanz zwischen der radikalen Programmatik und der zurückhaltenden Regierungspolitik bei der PASOK. Der „große Wandel“, so wie 1981 versprochen, ist ausgeblieben. In der Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik hat die PASOK-Regierung der Entwicklung dennoch einen eigenen Stempel aufgedrückt. Dies führte zwar häufig zu Verstimmungen bei den westlichen Partnern Griechenlands. Ein genereller „antiwestlicher“ Zug ist in der griechischen Politik jedoch nicht auszumachen.